

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3.30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Gefördert täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1500.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 14. November 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der Reichstag

tritt nach fünfmonatlicher Unterbrechung am Dienstag wieder zusammen; er nimmt bei sehr kritischer Weltlage sofort die unerledigten Fragen und unentschiedenen Kämpfe wieder auf, und tritt in neue Fragen ein, die in den Ferien aufgetaucht sind und die Saat neuer heißerer und entscheidungsvoller Kämpfe enthalten.

Die erste Sitzung hat sich mit der Postreform zu beschäftigen, die den Reichstag in die eigentümliche Lage bringt, daß er auf Antrag der Regierung im öffentlichen Interesse gegenüber dem kapitalistischen Privatbetrieb das Expropriationsrecht ausüben muß — ein Recht, dessen Befürwortung unserer Partei, die es an der Spitze ihres Programms hat, von der Regierung und den bürgerlich-kapitalistischen Parteien als revolutionärer Umsturz und schwerstes Verbrechen vorgeworfen wird. Und doch ist zwischen uns und der Regierung in diesem Punkte nur der Unterschied, daß für uns das öffentliche Interesse die Wohlfahrt aller, mit Ausnahme der Privilegierten, ist, während im heutigen Staat die Interessen der Privilegierten maßgebend sind — auch wenn sie den Interessen der Gesamtheit noch so schroff widerstreiten.

Und nie ist dieser Gegensatz schroffer gewesen als im jetzigen Augenblick.

Nach Erledigung der sogenannten Postreform hat der Reichstag sofort die zweite Lesung des Zuchthausgesetzes zu beginnen — des Zuchthausgesetzes, welches die Freiheit der „Arbeitswilligen“ an der Stirn trägt, und jeden Arbeiter, der nur unter menschenwürdigen Bedingungen arbeiten will, mit Zuchthaus bestraft.

Die Generaldebatte des Zuchthausgesetzes, mit welcher der erste Abschnitt dieser Session im Sommer schloß, war für die Urheber des Gesetzes und deren Helfershelfer eine moralische Niederlage, wie sie in der Geschichte des Parlamentarismus wohl ohnegleichen ist. Allein was sind moralische Niederlagen im Laube des Scheinfunktionalismus, der zum Zweck hat, den Willen des Volkes nicht zu thun, und dem die Volksvertretung nur die Hülle ist des selbstherrlichen Absolutismus? Die Urheber und Förderer des Zuchthausgesetzes sind mächtig; sie haben die langen Parlamentssitzungen gut ausgenutzt, und das Koalitionsrecht der Arbeiter, dieses Recht, ohne das alle Socialreform und aller Arbeiterschutz wertloser Tand, eitel Schwindel und Heuchelei ist, schwebt heute in höchster Gefahr.

Die Arbeitervertreter im Reichstag werden auf das Gesetz zur Vernichtung des Koalitionsrechts mit der Forderung zur Sicherung des Koalitionsrechts antworten und in der Beratung, falls noch eine Beliebt werden sollte, nach bester Kraft ihre Schuldigkeit thun. Es wäre jedoch thöricht, der Mehrheit des Reichstags zu vertrauen. Die nationalliberale Partei hat sich zum großen Teil auf Seiten des Zuchthausgesetzes gestellt; und das Centrum ist Partei Drehseibe geworden.

An den Arbeitern ist es, sich um das Koalitionsrecht zu scharen und unsern Vertretern im Reichstag einen so starken und mächtigen Rückhalt zu gewähren, daß die Feinde der Arbeiter das Erfolglose ihres Unterfangens einsehen.

Das Zuchthausgesetz ist aber nicht die einzige Gefahr, die uns droht, und die den Reichstag, wenn anders er dem Namen: Volksvertretung nicht Schande machen will, zum Widerstand und zum Kampf zwingt.

Um die Arbeiterklasse in Nebeln und in Anechtschaft halten zu können, bedarf die Regierung der Hilfe des nämlichen Junkertums, das ihr vor wenigen Monaten im preussischen Landtag durch Ablehnung des Kanalvorlags eine so demütigende Niederlage bereitet hat. Die Junker sind praktische Leute und sie beschützen „Thron und Altar“ nicht umsonst; trotz ihrer brünstigen Königsiebe arbeiten sie nicht pour le roi de Prusse. Braucht der König, braucht „Kaiser und Reich“ ihre Dienste, so muß dafür bezahlt werden, und gut bezahlt. Die preussischen Junker — die „Arenz-
 Zeitung“ mag sich noch so hartnäckig sträuben — sind nun einmal in Deutschland die Landsknechte des Kapitalismus, die Prätorianer des Cäsarismus geworden. Wie weiland die schweizerischen Landsknechte das Sprüchlein hatten: Point d'argent point de Suisse — kein Kreuzer kein Schweizer, so huldigen unsere Junker dem Spruch: Keine Liebesgaben kein Junker — keine Kornzölle keine Kanäle — kein Kanitz keine Röhre.

Der Termin zur Erneuerung der Handelsverträge mit Oestreich und Rußland naht heran und das ist die Gelegenheit, wo den heischungstüchtigen Junkern der Preis für ihre Dienste gegen das Volk bezahlt werden soll in Gestalt erhöhter Kornzölle. Jeder Groschen mehr an Kornzoll verteuert das Brot und bringt Millionen in die Tasche des nimmerfertigen Junkertums, das die ehrliebe Arbeit verachtet und vom Staat so reichliches Almosen fordert, daß die Sprossen der „Edeisten“ ein Leben führen können wie die Helden des harmlosen Prozesses es geführt haben und — mit Billigung ihrer Sippe — fortführen.

Zuchthausgesetz und Großkornwucher — sind untrennbar, und noch lebhafter als um das Zuchthausgesetz wird der Kampf vermittels entbrennen um die zu erhöhenden Kornzölle, die das Junkertum von dem Massenstaat als Preis für seine Landsknechtsdienste heischt. Diesem Zweigestirn der Reaktion hat sich aber ein dritter Stern hinzugesellt:

das neue Flottengesetz. Trotz blüdigster Versicherung, daß das Flottengesetz des Jahres 1897 nicht geändert, nicht überschritten werden solle, hat die Regierung ein neues Flottengesetz in Aussicht gestellt, das von dem chimärischen Gedanken diktiert ist, Deutschland zur See den alten Seemächten Frankreich und England ebenbürtig zu machen. Ein chimärischer Plan, der in der Jagd nach eingebildeten Vorteilen das Wohl des Volkes außer acht läßt und einzig zur Folge haben kann, daß die beiden genannten Staaten ihre Flotten noch rascher vermehren als wir, daß eine allgemeine Flotten-Epidemie alle Regierungen erfaßt, und daß wir, nachdem Milliarden ins Wasser versenkt und geworfen, vom erstrebten Ziel weiter entfernt sind, als heute.

Das reiche England weigert sich, der Last seiner Marine noch die des Militarismus hinzuzufügen, weil es sich nicht reich genug fühlt; und das vergleichsweise arme Deutschland soll im Stande sein, neben dem Militarismus, dessen Last uns schier erdrückt, noch die gleich schwere Last einer „Kriegsflotte ersten Ranges“ zu tragen! Das hieße unsere Nation in doppelt beschleunigtem Tempo zu Grunde richten.

Die socialdemokratischen Abgeordneten werden den Marinismus mit der gleichen Unversöhnlichkeit bekämpfen wie den Militarismus; sie werden nachweisen, daß der Erwerb der „Inselplättchen“, die für England und Frankreich zu wertlos gewesen sind, wie der Karolinen, der Samoa-Inseln usw., in keinem Verhältnis steht zu den Opfern, die wir für diese Danaergeschenke der Kolonial- und Weltpolitik zu bezahlen haben.

In der neuen Flottenvorlage offenbart sich das persönliche Regiment, das mit dem demokratischen Prinzip der Volksvertretung nicht vereinbar ist. Der Reichstag, will er nicht zu einer verächtlichen Kasagemaschine sich herabwürdigen, wird dem persönlichen Regiment endlich die Spitze zu bieten, — endlich einmal die Frage zur Entscheidung zu stellen haben, ob in Deutschland der Wille des Volkes das oberste Gesetz ist, oder ob das allgemeine Stimmrecht nur eine Täuschung des Absolutismus.

Unsere Genossen im Reichstag werden dafür sorgen, daß das deutsche Volk ausgeklärt wird über den organischen Zusammenhang der Zuchthausvorlage, des Großkornwuchers und der uferlosen Flottenpläne; sie werden der Reaktion rücksichtslos die Waage abreißen, und es fehlt ihnen nicht an warnenden Beispielen, die sie dem Volke vorführen können.

Am selben Tag, fast zu gleicher Stunde, wie das deutsche Parlament, tritt ein anderes Parlament zusammen: das italienische. Das Königreich Italien ist unser Bundesgenosse — weniger durch die Gemeinsamkeit der Interessen, als durch die Gemeinsamkeit der Politik eng mit dem Deutschen Reich verbunden. Dort dieselbe Politik wie in Deutschland: Scheinfunktionalismus mit Anbelpolitik, Kornzölle, indirekten Steuern, Militarismus, Marinismus, Kolonial- und Weltpolitik.

Alle Ideale unserer Reaktionen — dort hat man sie zu verwirklichen gesucht. Und die Folgen? Zwei Hunger-Revolutionen in sechs Jahren — die dritte in Sicht. Eine luridbare Katastrophe, in der die Kolonial- und die Weltpolitik elend zusammengebrochen sind. Ein parlamentarischer Staatsstreich. Die Regierung am Ende ihres Latein, der Staat bankrott, das Volk bis auf Marx ausgezehrt. Der Monarch durch das persönliche Regiment persönlich kompromittiert. Die Monarchie in all ihren Grundlagen erschüttert. Zerrüttung und Natiolosigkeit in allen Regierungs- und in allen Verwaltungszweigen. Durch kurzfristige Zuchthaus- und Standrechts-Politik der Weg der Reform verschlossen, der gewaltsame Zusammenbruch gewaltig vorbereitet.

Das italienische Volk ist ein fleißiges, geduldiges und hochbegabtes Volk, wie das deutsche es in höherem Maße nicht sein kann — und doch ist der Bankrott und die Katastrophe hereingebrochen.

Italien ist nicht so widerstandsfähig, hat, trotz des Naturreichtums, nicht so reiche Hilfsquellen wie Deutschland. Aber das Gift, das auf den schwächeren Körper schneller wirkt als auf den stärkeren, ist darum nicht minder Gift.

Und fährt Deutschland fort auf der Bahn, die für Italien die Bahn zum Ruin war, so können wir dem Schicksal Italiens nicht entkommen. Vestigia terrent — die Spuren schrecken mich ab —, sagte das Tier der Fabel, als es entdeckt hatte, daß alle Spuren in die Höhle des Löwen führten und keine zurück. Und es ging nicht ins Verderben.

Aber für die Menschen, die sich in Deutschland Staatsmänner nennen, bestehen nicht die Erfahrungen der Vorgänger, hat die Geschichte keine Lehren, und gilt Mangel an Voraussicht für Mut, staatsmännische Festigkeit, gepaart mit Weisheit.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. November.

Das Arbeitspensum des Reichstags.

Der Reichstag, der morgen, Dienstag, wieder zusammentritt, hat wohl selten ein so widerspruchsvolles Arbeitspensum zu erledigen gehabt, wie in diesem Winter.

Das Centrum sowohl wie die Nationalliberalen haben ihr Ansehen bei den Massen durch allerlei social-reformerische Anläufe aufzufrischen gesucht. Diejenigen Anträge, welche die Ausbreitung und die Befugnisse der Gewerbegerichte zu vermindern suchten, haben bereits die Kommissionsberatung hinter sich. Die schüchternen Versuche, durch Arbeitskammern oder durch Fortentwicklung der Gewerbegerichte eine Art Arbeitervertretung — wenn auch nicht in unabhängiger Gegenüberstellung gegen die längst bestehenden selbständigen Vertretungen anderer socialen Schichten — zu schaffen, sehen zusammen mit dem freifinnigen Antrag für Anerkennung der Berufsvereine noch der Kommissionserledigung entgegen. Da hierbei die Socialdemokratie selbstverständlich nach Möglichkeit ankämpfen wird, ihre alten Arbeiterkammern-Vorschläge bis zur Unkenntlichkeit abgeschwächt zu sehen, so stehen noch wichtige Verhandlungen in Aussicht, ebenso wie über das verlangte Reichs-Arbeitsamt, den Arbeitsnachweis, mit denen sich die gleiche Kommission zu beschäftigen haben wird.

Sofort zur zweiten Lesung kann der Regierungsentwurf betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung kommen, der bekanntlich vor allem die Fabrik- und Handwerksfrage und den Arbeiterschutz in der Konfektions- und Hausindustrie betrifft.

Das alles zusammen würde für eine Reichstags-Session bisher als ziemlich reichhaltiges Menu gegolten haben. Nun soll aber weiter die von Session zu Session verschleppte Seemanns-Ordnung endlich fällig werden. Ferner ist dem Bundesrat bereits die Reform der Unfallversicherung — wie man sagt, in einem Bündel von sechs Gesetzen — unterbreitet; und hier thut wahrlich Eile not, da schon 1897 die Reform als dringlich betrieben wurde, indes zuletzt an dem Widerstande des großindustriellen Centralverbandes scheiterte, dessen Beifall die Kommissionsumarbeitung noch weniger wie der Regierungsentwurf zu finden vermochte.

Diese Fülle der gestellten Aufgaben hat Optimisten zu der voreiligen Anschauung verleitet, daß wieder einmal eine stärkere social-reformerische Strömung hervorzubrechen und sich geltend zu machen beginne. Aber diese rosenrote Vertrauensseligkeit erhält sofort den Stoß ins Herz, wenn man der Zuchthausvorlage gedenkt, deren Schicksale noch in keiner Weise zu übersehen sind.

Die noch nicht erwähnten Beratungsgegenstände — es sind nicht weniger wie 12 Regierungsvorlagen und 43 Initiativanträge noch unerledigt — haben für die Arbeiterklasse im allgemeinen eine geringere Bedeutung. Das Postgesetz wird wahrscheinlich rasch zum Abschluß gebracht werden, da es zum 1. April in Kraft treten soll; auf eine möglichst gerechte Entschädigung der Privatpost-Angestellten wird unsere Partei weiter ihr Augenmerk richten. Das Fleischschau-Gesetz mit seinem Gemisch von guten, wirklichen Kontrollmaßregeln des Fleischhandels und schlechten, agrarischen Chicanen gegen die ausländische Konkurrenz scheint nach den Vorgängen in der Kommission wenig Aussicht auf abschließende Plenarbehandlung zu haben. Wenig besser steht es endlich um die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Straßprozeß-Ordnung, vielleicht auch um das Unstiftlichkeitsgesetz (die lex Heinze), obwohl auch diese Vorlagen über das Stadium der Kommissionsberatung längst hinaus sind.

Neben dem Zuchthausgesetz ist somit nur eine politische Streitfrage von überragender Bedeutung und sie wird sofort im Reichstag die Erörterungen beherrschen, obwohl sie erst im Januar das Parlament offiziell beschäftigen soll: die Flottenvermehrung — auch ein Produkt einer kaiserlichen Rede und ebenfalls einem Teile unserer Großindustrie zum Gefallen geschaffen.

Um diese beiden Klippen werden die Wogen der parlamentarischen Beredsamkeit am heftigsten branden. Mancher bisher noch opponierende bürgerliche Politiker wird daran Schiffbruch leiden. Die Socialdemokratie mit ihrem festen, sicheren Kurs kann auch diesen Zusammenstoß nur willkommen heißen.

Der Geschäfts-Marinismus

wird durch das typische Geschäftsgebahren der Firma Krupp grell beleuchtet. Im Inland wird unter gewaltigen Reklame-Ausgaben für Flottenerweiterung agitirt, während man das Ausland durch deutsches Kapital, deutsche Technik und deutsche Arbeit gleichzeitig in den Stand setzt, seine Flotte der deutschen überlegen zu machen oder zu halten. So ist die Firma Krupp nicht nur mit die Schöpferin der russischen, sondern bis zu einem gewissen Grade auch der nordamerikanischen Zukunftsmarine.

Rußland stößt zwar bei seinen Anstrengungen, seine Kriegs- und Handelsflotte rasch auf einen großen Fuß zu bringen, auf keine finanziellen Schwierigkeiten. Wohl aber sieht er raschen Vergrößerung der Marine die begrenzte Leistungsfähigkeit der dortigen Staatswerften entgegen. Das russische Marineministerium unterstützt sich daher eifrig für die Erweiterung der heimischen Staatswerften, erreicht aber auch hier bald die Grenze des Möglichen, schon wegen Mangels an technischem Arbeitspersonal und aus anderen Gründen. In die Lücke springt nun bei anständigen Gewinnchancen die deutsche Industrie, vor allem auch die Firma Krupp ein. Sie ist um die Vergrößerung der russischen Kriegsflotte mindestens ebenso sehr besorgt, wie um die der deutschen. Die deutsche

Schiffbauerschaft und Leistungsfähigkeit wird gegen klingende Münze auf russischen Boden verpflanzt. Die russische Regierung hat schon Ende vorigen Jahres mit dem Stettiner Vulkan sowie mit der Firma Krupp Verhandlungen in dieser Richtung angeschlossen, die von den deutschen Firmen keineswegs abgelehnt worden sind. Es sollen in England von den genannten Firmen Privatwerften angelegt werden. Verwirklicht sich das Projekt der russischen Regierung, so muß ein reiches Zustrom deutscher Ingenieure und technischer Arbeiter nach Rußland stattfinden, die dort die Aufgabe finden werden, aus den eingeborenen allmählich ein geschicktes Arbeitspersonal für den Schiffbau heranzubilden. Die russische Regierung garantiert den deutschen Anlagen „für die erste Zeit“ den bestehenden Meiningen von 27 Millionen Rubel jährlich. Eine solche Summe zieht!

Während so Deutschland Rußland direkt erst in den Stand setzt, seine Flotte in raschem Tempo zu vervielfachen, hat es unter A und den besten Panzerschiffen seiner Schiffe verfertigt. Vor einiger Zeit leuchten die Carnegie-Stahlwerke als Vertreter der Firma Krupp die Aufmerksamkeit des nordamerikanischen Marineministeriums auf das neue Krupp'sche Panzerplattenverfahren von Panzerplatten und stellen zugleich das Erziehen, Panzerplatten, die nach demselben hergestellt waren, den schwersten Proben zu unterwerfen, da sie das Zeugnis besaßen, das betreffende Verfahren erworben hätten. Anknüpfend beschloß sich die Sachverständigen des Marineministeriums diesem Verfahren gegenüber nicht nur absehend, sondern sie erklärten, daß es keine besseren Stahlpanzer geben könne als die nach dem Harvey'schen Verfahren hergestellten, mit denen die Bundesflotte gepanzert ist. Schließlich gab man aber dem Drängen der indirekten Vertreter der deutschen Firma doch nach und veranstaltete Versuche, die allerdings überraschende Resultate ergaben. Das Geschöß traf die Platte beinahe im Centrum und drang nur 1/2 Zoll ein, wo es stecken blieb. Nach dem Dafürhalten der Sachverständigen hat die zwölfzöllige Krupp'sche Platte ungefähr dieselbe Widerstandsfähigkeit wie jede andere von 18 1/2 Zoll Stärke, was für den Bau der Kriegsschiffe von wesentlicher Bedeutung ist. Die Panzerung mit solchen Platten wird zur Folge haben, daß das Gewicht des Panzers um etwa 300 Tausend pro Schiff vermindert wird. Es können also entweder die Batterien entsprechend verstärkt oder das Kohlenstoffvermögen erhöht bzw. die Leistungsfähigkeit der Maschinen gesteigert werden. Natürlich versteht Amerika seine neuen Kriegsschiffe, so augenblicklich drei neue Schlachtschiffe und vier Monitore, dann dem Entgegenkommen Krupp's mit diesen deutschen Panzern. Wenn man erwägt, daß auf die genannte Weise gerade diejenigen Kreise, die jetzt am meisten Stimmung für eine deutsche Flottenvermehrung machen, alles thun, um die Kriegsschiffe des Auslandes der deutschen gegenüber überlegen zu machen oder zu erhalten, dann erscheint die in erster Linie von den Flotteninteressenten inscenirte Flottenrellame als ein anmuthiges Bild praktischen Geschäftssinnes und ihr Patriotismus erstarkt heller in der Aureole des Profites.

Wenn es einmal zu einer Verwicklung kommt, dann muß die breite Masse der Bevölkerung ihre Haut zu Marke tragen. Die Herren Industriellen, Acker- und Kapitalisten aber, die so patriotisch thun, liefern dem Auslande die vorzüglichsten Waffen und das beste Material, um die deutschen Mannschaften mit Erfolg belagern zu können.

Und sit die Nahrung solcher doch sicher nicht von Patriotismus diktierten Geschäftsmaginen soll das arbeitende Volk noch aus seiner Tasche die ungeheuren Summen für neue Flottenausgaben aufbringen. —

Deutsches Reich.

Graf Bili reist „ohne politischen Hintergrund“, so verstandete die „Nord. Allg. Ztg.“. Er treibt bei den süddeutschen Höfen weder Flottenpropaganda, noch soll er Reichsanzler werden. Der Kaiser, so meldet ein anderes Blatt, wolle den Fürsten Hohenlohe unter keinen Umständen entbehren. Fürst Hohenlohe wird in gewöhnlicher Jugendfrische als Träger der dreifachen Last des Justizkanzlers, Kanal- und Flottengeheges der stammenden Mittelwelt sich produzieren. —

Heber die Wocke zum Unfallgeschick sind die offiziellen Nachrichten über wieder neue Einzelheiten mitzutheilen in der Lage. Danach soll die Versicherungspflicht auf einzelne Zweige des Handwerks ausgedehnt werden, wie z. B. Schlosser, Schmiede, Fensterputzer, Apotheker, gewisse häusliche Dienste u. Einige formale Änderungen, wie Erleichterung der Wahrung des Rechtsanspruches, sollen auch geplant sein und ebenso soll der Kreis der rentenberechtigten Angehörigen erweitert werden. Den Berufsgenossenschaften soll die Etablierung der Rentenempfänger ein klein wenig erschwert werden dadurch, daß sie nach fünfjährigem Bestehen einer Rente diese nicht mehr selbständig sollen herabziehen dürfen, sondern erst das Schiedsgericht anrufen müssen. Das sollte überhaupt von vornherein gelten und nicht erst nach fünf Jahren. Als Schiedsgerichte sollen die für die Invalidenversicherung bestehenden zur Geltung kommen.

Den Berufsgenossenschaften soll das Recht erteilt werden, Arbeitsnachweise einzurichten, jedoch nur unter der Bedingung, daß an ihrer Verwaltung Arbeiter und Unternehmer gleichmäßig beteiligt seien. Wer diesen Gedanken wohl ausgeführt haben mag? Mit der Unfallversicherung hat das doch nicht das geringste zu thun. Will man etwa damit die Rentenempfänger unter schärfster Aufsicht der Berufsvereinigungen stellen? —

Flottenbegeisterung. Die Organe der Marineleiteranten flüstern gern von einer allgemeinen Volksbegeisterung für Marinevermehrung und Weltmachtpolitik. Einige Mitteilungen des General-Ausschusses des „Flottenvereins“ an seine Vertrauensleute, welche die „Abn. Westf. Arb. Ztg.“ veröffentlicht, zeigen recht nett, wie es damit in Wahrheit aussieht. Da ist eine Eingabe, die der Vorsitzende des Telegraphen-Ausschusses, Herr Kollege Severin*, an das Präsidium des deutschen Flottenvereins richtet:

„Das zu bildende Komitee setzt sich aus den Vorsitzenden der oben angeführten 20 Ortsvereine zusammen, welche ihre Thätigkeit weitgehendst ausdehnen auf die unteren Schichten des Volks- und Beamtenums, mit welchen dieselben, als gleichgestellte Klassen, eine bessere Verbindung haben, als die Herren Oberpräsidenten der Provinzen. Einmalige Anläufe in einer Tageszeitung vermögen nicht hier unten das Verständnis für die Flotte zu wecken. Welche Mühe es hier unten kostet, ist denjenigen bekannt, die hier unten wirken.“

In einem anderen Schriftstück liest man: „Gleichzeitig teile ich Ihnen mit, daß in den nächsten Tagen seitens der Geschäftsstelle 3000 Flugblätter verteilt werden, daß von Erfurt gestern 33, von heute 60 Mitglieder eingingen. Die Bochumer Eisen bringen Beamte vom Assistenten bis zum Dremsler, Gepäckträger, Bahnhofsdiener, Kellner und so weiter. Es wird zur Zeit eine sabelhafte Thätigkeit entwickelt! Die Behörden haben Kenntnis; laut meines Briefes erkennt die Behörde den Ausschuss als solchen an; dienstliche Gründe stehen nicht entgegen.“

Dienstliche Gründe stehen der Mitwirkung der Unterbeamten beim eblen Flottenratte nicht entgegen. Es handelt sich ja nicht darum, die Lebenslage der Unterbeamten zu erleichtern und ihre Interessen zu fördern. Rein Wunder, daß die Agitation da nicht auf fruchtbarer Boden fällt. „Uns Begeisterung“ bringen die Flottenbegeisterer keine paar Hundert Unterbeamte zusammen, denen die Weltmachttrunkenheit die Sorge des Tages vergessen machen soll. —

Mit der **Justizhausvorlage** beschäftigte sich am Sonntag die Generalversammlung des Wahlvereins der Liberalen (Freisinnige Vereinigung) in sehr eingehender Weise. Die Redner folgten in ihrem absehbaren Standpunkt ganz dem Referat des Herrn Dr. jur. Freund, der durch seine Thätigkeit am Berliner Gewerbeverein und als ständiger Vorsitzender der Arbeiter- und Gewerkschaften, die sich vor Holzdiebstählen zu schützen, im ganzen Tiergarten festhalten legte und auf erhobene Beschwerden antworten würde: für das Individuum ist der Diebstahl frei, die Inhaberschaft ist nur für die Holzdiebe gelegt. (Hellerlei.) Er sei der Überzeugung, daß die vorhandenen Strafvorschriften vollständig ausreichen, um Ausschreitungen bei Arbeiterzuständen zu vermeiden. Redner vertritt dann die Meinung, daß durch solche Vorlage die Arbeiter zur revolutionären Politik thätiglich gedrängt werden. Die Regierung könne nichts Besseres thun, als die Vorlage zurückzugeben. Nach diesem Redner, der unter lebhafter Zustimmung gerichtet hatte, nahm der Reichstags-Abgeordnete Mücke das Wort, dessen Stellungnahme zur Justizhausvorlage aus seinem Auftreten im Reichstag bekannt ist. Er vertritt der Socialistenfraktion in Liberalen Kreisen eine Absage zu erteilen, indem er — wie wir nicht, ob es ihm vor seinen Zuhörern gelang — den Versuch unternimmt, den Nachweis zu führen, daß die Socialdemokraten nicht mehr zu den staatsfeindlichen Elementen gehören und der Liberalismus mit ihnen eine ganze Reihe Berührungspunkte habe. Rechtsanwält Kappel kritisiert die Rechtsprechung in gewerblichen Streitigkeiten, worauf Handelskammer-Präsident Friedrichs-Vottdam gegen die Vorlage einwendet, daß man es verstehen könne, wenn ein solches Gesetz 1880 oder Anfangs der 90er Jahre eingebracht wäre. Damals konnte man allenfalls von einer Uebermacht der Arbeiter in gewissem Sinne sprechen. Heute haben sich die Arbeitgeber in Syndikaten und Arbeitgeber-Verbänden derartig zusammengeschlossen, daß die Arbeitgeber von vornherein die Uebermacht haben. Im übrigen sollte man doch nicht vergessen, daß, obwohl wir einen wirtschaftlichen Aufschwung haben, wie er noch nicht dagewesen, sehr wenig Kaufkraft vorliegt. Die Arbeitgeber erhöhen ihre Preise, man sollte es daher den Arbeitern nicht unmöglich machen, auch ihre Lebenshaltung aufzubessern.

Die folgenden Redner, darunter einige Fabrikanten, sowie auch die Abg. Nicker und Barth behaupten ohne Ausnahme ihren absehbaren Standpunkt zur Justizhausvorlage. Der letzte Redner hebt hervor, daß er einen heftigen Kampf gegen die Reaktion nur dann erwarte, wenn sich das liberale Bürgerthum der Socialdemokratie annähert.

Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die eine unbedingte Beurteilung der Justizhausvorlage enthält und statt einer Berücksichtigung der bestehenden Gesetze eine Sicherstellung der Koalitionsfreiheit fordert. Sie verlangt ferner den Ausbau der Gewerbegerichte zu Einigungsämtern und die Erlangung der Rechtsfähigkeit für die Arbeiter-Vereine.

Der guten Eindrücke, der durch die Stellungnahme zur Justizhausvorlage hervorgerufen wird, hat der liberale Bürgerverein sofort wieder aufgehoben durch seine Stellungnahme zur Flottenvorlage. Die hierzu angenommene Resolution lautet:

„Die Versammlung spricht ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Vorsitzenden aus und erwartet von den liberalen Abgeordneten eine unbefangene, die steigende Bedeutung unserer überfischen Interessen berücksichtigende Prüfung der angelegten Flottenvorlage.“

Es wäre wohl des Guten zuviel gewesen, wenn man auch der Flottenvorlage eine glatte Absage erteilt hätte?

Antisemitisches Durcheinander. Als kürzlich die Reichstags-Ergebnisse in Pirna stattfand, fiel es auf, daß das große Wandwerk des Herrn Liebermann v. Sonnenberg nicht in Thätigkeit trat. Herr Liebermann giebt jetzt in seinen „Deutsch-Sozialen Blättern“ Aufklärung über das Wunder seiner Schweigensart:

„Kurz nach der Abstimmung im Reichstage über die sogenannte Justizhaus-Vorlage war ein hervorragender sächsischer Parteigenosse an den Leiter der „Deutschen Tageszeitung“ mit der Bitte herangetreten, er möge in seiner Zeitung erklären, die sächsischen Reformer teilen nicht den Standpunkt der Fraktion bezüglich des betreffenden Gesetzes. Lokalweise befragte der erwähnte Leiter der „Deutschen Tageszeitung“ erst den Abgeordneten von Liebermann über diese Angelegenheit und brachte auf dessen Wunsch die betreffende Notiz nicht. — Einige Wochen später las man in der „Deutschen Tageszeitung“ gelegentlich eines Stimmungsbildes von dem Wahlkampf in Pirna eine Bemerkung des Jubalis, daß unter den Fabrikanten die Stimmung für die Kandidatur Loye unter der Stellung der Fraktion der deutsch-socialen Reformpartei zur Justizhausvorlage etwas litte. Man nahm aber an, daß Herr Loye, der bei der Abstimmung nicht mehr im Reichstage gewesen sei, eine abweichende Stellung in dieser Frage einnehme. — Wenn Herr v. Liebermann nun im Wahlkreise Versammlungen abgehalten hätte, so würde er unsehbar sowohl von den Socialdemokraten und Freisinnigen einerseits, als auch von den Nationalliberalen und Konservativen andererseits über die Stellung der Partei zu jenem Gesetz befragt sein und die daran anschließenden Erörterungen hätten der Kandidatur Loye unter allen Umständen schaden müssen!“

Der Antisemit Loye, dessen Kandidatur von der Gnade der Justizhausgelehrten Konvention abhing, mußte also gegen die Anschauungen seiner Partei die Wähler nachführen. Vorüber freilich sein Wunsch wundert, denn die Herren „Reformer“ haben alle Bestimmungen, die ihnen einen Hausen Wähler einbringen können, und in jedem Wahlkreise andere als im benachbarten. —

Reichstags-Ergebnisse in Schlettstadt i. O. S. Am Sonntag fand im Wahlkreise Schlettstadt, dessen Mandat durch den Tod des bisherigen Vertreters Spies frei geworden war, die Eraywahl statt. Es siegte der von der katholischen Landespartei aufgestellte Sträßburger Rechtsanwält Wonderschwer, der nach einem Wolff-Telegramm 6880 Stimmen erhielt; von den zwei als liberal bezeichneten Kandidaten erhielt Dirion 1967, Kornmann 637 Stimmen, der Socialdemokrat Brunschwitz 1806 Stimmen. Aus mehreren Orten sieht das Resultat noch aus.

Im Jahre 1898 siegte Abg. Spies mit 7204 gegen 1073 socialdemokratische Stimmen. Unsere Stimmenzahl hat sich also um mehr als 700 seit dem Vorjahre vermehrt. Das ist ein ganz bedeutender Fortschritt in einem noch durchaus liberalen Wahlkreise. —

Ein vorurteilvoller Fürst ist nach einem hiesigen Blatt der Großherzog von Oldenburg, weil nach Eröffnung des Landtags auch der nungewählte socialistische Abgeordnete Genosse Hug mit den übrigen Abgeordneten zur kirchlichen Tafel eingeladen ward. Das soll, wie besagtes „freisinniges“ Blatt lakonisch meint, „von acht vornehmer Bestimmung zeugen, die auch über die Grenzen Oldenburgs Anerkennung“ verdienen! Der liberale Sämod scheint nicht zu wissen, daß in allen deutschen Vaterländern regelmäßig alle Abgeordneten bei solchen Gelegenheiten zur kirchlichen Tafel eingeladen werden. Es ist dies eine Formalität, die von den Abgeordneten auch als solche aufgefaßt wird, zu der aber socialistische Abgeordnete sich noch niemals hergegeben haben. —

Die Ablösung der Socialdemokratie durch die von Raumann. Man schreibt uns aus Offen, 12. November: Die National-Socialen tragen sich bekanntlich mit der menschenfreundlichen Absicht, die Socialdemokratie „abzulösen“. Vorläufig allerdings

brauchen wir uns wohl keiner allzu großen Sorge diesfalls hinzugeben. Es wird noch einige Zeit ins Land gehen, bis uns die Raumann'sche mit Haut und Haaren verliert haben. Einwohler scheinen wir nach die Raumann'sche „abzulösen“. Nach Göhre hat jetzt ein weiterer Theologe, Albert Meyer, der eines Geschichtlers wegen auf die jeßorgerische Thätigkeit Verzicht leisten mußte und dann als alter Anhänger Raumann's in die Redaktion der dem Herrn von Berlach gehörigen „Deutschen Landeszeitung“ in Nürnberg eintrat, seinen Abschied von der National-Socialen genommen. Meyer ist „nach erster Arbeit zu der Einsicht von der Wahrheit des demokratischen marxistischen Socialismus gekommen“ und hat die Konsequenzen seiner Ueberzeugung gezogen. Er hat seinen Austritt aus dem national-socialen Bereich erklärt und ist der socialdemokratischen Partei beigetreten.

Herr Raumann wird die große „Ablösung“ noch ein wenig verlagern müssen. —

Aus Sachsen-Weimar. Abg. Wandert überreichte dem Landtage eine aus allen größeren Orten des Landes eingegangene Resolution, in der gegen die jetzt beliebte Handhabung der Ministerial-Verordnungen vom 15. Juli 1874 und 21. April 1875 protestiert wird, da durch dieses Vorgehen Versammlungen aller Art mit schablonenmäßiger Beherrschung verboten werden und das Versammlungsrecht der Arbeiter völlig aufgehoben ist. Die Resolution fordert vom Landtag ein Gesetz, welches jedem ohne Aufsehen der Person vollständige Versammlungs-, Vereins- und Redefreiheit garantiert. —

Das den Klagen wegen Majestätsbeleidigung zumeist Gehörte der Angelegenden zu Grunde liegt, bewies wiederum eine Verhandlung, die gestern vor der stehenden Strafkammer des Landgerichts I. Berlin stattfand. Die Arbeiter-Gefrau Tesege Salewski wurde von mehreren anderen Frauen, mit denen sie früher freundschaftlich verkehrte, sich dann aber mit ihnen entzweit hatte, beschuldigt, daß sie wiederholt beleidigende Aeußerungen mit Bezug auf den Kaiser gethan habe. Den Angelegenden wurde der Gerichtshof schwerlich vollen Glauben geschenkt haben; die Aussagen derselben wurden aber durch zwei andere einwandfreie Zeuginnen unterstützt, so daß der Gerichtshof mit dem Staatsanwalt der Ansicht war, daß eine Verurteilung der Angelegten erfolgen müsse. Trotzdem diese unter Thronen versichert, daß sie niemals eine Majestätsbeleidigung ausgesprochen habe. Es wurden drei Füsse als erwiesen angenommen und wurde hierfür auf drei Monat Gefängnis erkannt.

Miquel und Bebel. Obgleich es keine angenehme Aufgabe ist, uns mit Personenangelegenheiten zu befassen, wir werden durch die gegnerische Presse dazu gedrängt. Auf unsere kürzlich veröffentlichte, von Bebel selbst herrührende Antwort gegen die agrarische „Tageszeitung“, daß er in seinen jungen Mannesjahren seine politischen Ansichten gewechselt und Socialdemokrat geworden sei, antwortet die „Münchener Allg. Zeitung“:

„Ist es Bebel in der Ordnung, daß er seine politischen Ansichten geändert habe, so dürfte man auch Herrn v. Miquel den Wechsel seiner Ansichten nicht zum Vorwurf machen.“

Wir erlauben uns anderer Ansicht zu sein. Bebel hat sich vom Liberalen zum Socialdemokraten entwickelt und tritt seit mehr als drei Jahrzehnten mentweg für die Verwirklichung der socialdemokratischen Ziele ein. Herr v. Miquel aber hat sich vom ehemaligen Republikaner, Arbeitstreu und Kommunisten, zum bürgerlichen Demokraten, alsdann zum Fortschrittsmann, weiter zum Nationalliberalen und schließlich zum Konservativen entwickelt, der für Junkerei und Minderer, für Lebensmittelzölle, Justizhausvorlagen, Dreiklassen-Wahlrecht und alle sonstigen Niederträchtigkeiten eintritt, die gegen das arbeitende Volk erobert werden können.

Ob aus Ueberzeugung oder Berechnung, entzieht sich der öffentlichen Kenntnis, denn von ihm heißt es wie von Wallenstein: „Weiß doch niemand, an was er glaubt?“

Der Unterschied zwischen Miquel und Bebel ist also folgender: Bebel hat sich von rechts nach links entwickelt, d. h. nach vorwärts, Herr v. Miquel hat sich von links nach rechts entwickelt, d. h. nach rückwärts. Ist das in den Augen der „Münchener Allg. Zeitung“ dasselbe, so nur, weil sie als Schatzkammerherr Herr v. Miquel verteidigen und seine politische Ehre retten muß. —

Ausland.

Das Ministerium Clary in Wien.

— Wien, 13. November.

Der Regierung Clary geht es schlecht, so schlecht, daß sie bald auf die Straße zu liegen kommen kann. Die Anhebung der Sprachenverordnungen hat zwar die Opposition gedammt; sie hat aber die Regierung das getostet, was österreichische Regierungen für ihre obdienen Staatsnotwendigkeiten nicht entbehren können: die Majorität.

So kämpft das junge Ministerium gegen einen wohl unsichtbaren, dafür aber umso gefährlicheren Feind, und jeder seiner Schritte sieht auf ein neues Hindernis. Die letzten Tage haben gleich zwei neue Schwierigkeiten gezeitigt. Da ist erstens der unermutete Beschluß der Staatsschulden-Kommission, der in den ostrokyrierten Ausgleich ein großes Loch reißt. In dem „auf Grund“ des § 14 erlassenen Ausgleich ist nämlich als Fortsetzung der im Jahre 1892 begonnenen Salutaregulierung die Einlösung des noch im Umlauf befindlichen Papiergeldes, der 112 Millionen Staatsnoten, in Aussicht genommen. Die Einlösung soll derart erfolgen, daß die beiden Regierungen an die Zettelbank diesen Betrag in Gold übergeben, wofür die Oesterreich-ungarische Bank 80 Millionen Gulden in Zehnkronen-Banknoten — vom 1. Januar soll nämlich die Kronenrechnung obligatorisch werden — und den Rest in Silbermünzen zu 5 Kronen ausgeben sollte. In diesem Zweck brauchte die Regierung den Goldvorrat, der aus dem Saluta-Nutzen vom Jahre 1892 zurückgeblieben ist und über den die Staatsschulden-Kontroll-Kommission — eine vom Reichsrat aus vier Mitgliedern des Abgeordnetenhauses und zwei Mitgliedern des Herrenhauses bestellte Kommission — die Gegenpartie führt. Die Kommission hat es nun abgelehnt, der Regierung das Gold auszuliefern, und zwar deshalb, weil die „Verfügung“, auf welche die Regierung ihr Vergehen stützt, nicht wie das Gesetz vom Jahre 1892 bestimmt, „durch die Kriegserklärung“, sondern mit dem § 14 erfolgt ist. Da in der Kommission drei ausgeproben Parteimitglieder der Rechten sitzen — der Präsident des Abgeordnetenhauses Fuchs, ein Jungesche und ein Pole — so ist es selbstverständlich, daß der Beschluß der Kommission weniger einem starken Rechtsgefühl, als dem Wunsch entspringen ist, der Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Das ist auch im vollen Umfang erreicht worden, denn wenn es der Regierung nicht gelingt, die Kommission zu einer Umkehrung ihrer Entscheidung zu bestimmen, so ist thätiglich die Durchführung dieses Teils des ostrokyrierten Ausgleiches vereitelt. Was das natürliche wäre: Vom Parlament die Inbetriebnahme der Ausgleichsverordnungen zu erlangen, das zu erreichen ist nach der Lage der Dinge jetzt ganz unmöglich, und so bliebe der Regierung nichts übrig, als die Sache in der Mitte stehen zu lassen. Da es sich aber um einen Vertrag mit Ungarn handelt, so wären neue böse Reklamationen von ungarischer Seite ganz sicher zu erwarten.

Eine andere Hoffnung ist der Regierung Clary heute ins Wasser gefallen: Die Verhandlungen der Quoten-Deputationen sind nach zweitägiger Dauer ergebnislos geblieben. Die Deputationen sind bekanntlich die Ausschüsse beider Parlamente, des österreichischen Reichsrates und des ungarischen Reichstages; ihre Aufgabe ist es, den Parlamenten über das Quotenverhältnis — das Verhältnis, nach welchem jeder Staat zu den gemeinsamen Ausgaben, denen für die auswärtigen Angelegenheiten, für Heer und Marine, beizutragen hat — einen gemeinsamen Vorschlag zu unterbreiten. Das ist nun nicht gelungen; die Differenz zwischen dem ungarischen Gebot und der österreichischen Forderung beträgt noch immer etwa sieben Prozent; da es sich um eine Festsetzung für zehn Jahre handelt, so stellt jeder Prozent einen Betrag von etwa zehn Millionen dar. Es bleibt zwar noch die Möglichkeit, daß sich die beiden Regierungen einigen und den

Parlamenten einen identischen Antrag stellen; aber wahrscheinlich ist das nicht. Es dürfte vielmehr wieder zur Feststellung durch die Krone kommen — die tritt ein, wenn sich die Parlamente auf einen gemeinsamen Beschluß nicht einigen — aber damit ist wieder nur für ein Jahr vorgesorgt, da der Kaiser über ein Jahr hinaus keine Anordnung treffen kann. Hier kreuzt sich überdies die Quotenfrage mit einer anderen und mehr dadurch die Schwierigkeit ins Unabsehbare. Von dem Ausgleich ist nämlich das sogenannte Ueberweisungsgesetz noch nicht erlassen, jenes Gesetz, das die Verteilung des Ertrages der Produktionssteuern zwischen Oesterreich und Ungarn regelt und das, da diese Verteilung künftig nicht nach dem Maße der Erzeugung, sondern nach dem Maße des Konsums erfolgen soll, einen sehr beträchtlichen Vorteil für die Ungarn darstellt. Die Oesterreicher wollen das Gesetz nicht erst dann herausgeben, wenn die Ungarn in eine angemessene Erhöhung ihrer Quote gewilligt haben. Wie soll jedoch das Gesetz im Reichsrat erledigt werden — es muß am 1. Januar in Kraft treten —, wenn die Quote voranschreitend erst am 31. Dezember vom Kaiser bestimmt werden wird? Wie man sieht, rückt der § 14 wieder sehr in Nähe, und wenn kein Wunder geschieht, so wird er im Januar gewiß wieder in vollster Tätigkeit sein.

Und das Parlament? Es ist so, wie es war: ohnmächtig, zerrissen, kraftlos, unfähig und widerwärtig. Die offene Obstruktion der Deutschen ist wohl verschwunden, dafür ist die geheime der Majorität auf den Plan getreten. Das Abgeordnetenhaus tagt nun einen vollen Monat, aber es hat mit Ausnahme der bescheidenen Reichsanwaltschaft — und dazu mußte man extra eine Abend Sitzung abhalten — noch keine einzige Sache beraten, es steht noch über Hals und Kopf in politischen Debatten und wird den ganzen Monat brauchen, um nur seine gegenwärtige Tagesordnung „aufzuarbeiten“. Nun müssen aber bis Ende des Jahres die Gesetze fertig werden; müssen: sonst werden sie mit dem § 14 gemacht werden. Das ist neben dem genannten Ueberweisungsgesetz das Gesetz über die Erhöhung der Bezüge der Staatsdiener — drei darüber erlassene Verordnungen erläßt nämlich mit Jahreschluß — und das Budgetprovisorium. Natürlich liegt die Sache nicht etwa so, daß diese drei Gesetze vorläufig besonders viel Zeit erfordern würden; im Gegenteil, es sind so durchgesprochene Dinge, daß man eigentlich nur abzustimmen braucht. Aber die Unmatur dieses Parlamentes liegt darin, daß die Majorität dieses Parlamentes die Regierung zur Anwendung des § 14 treiben will. Die Geschichte konstitutioneller Staaten hat uns viele merkwürdige Situationen überliefert, aber daß die Majorität eines gesetzgebenden Körpers kein heiligeres Verbot kennt, als die Regierung zum Verfassungsverstoß zu bewegen, zu einem Verfassungsverstoß, der das Parlament depossidiert: dieser groteske Situation ist wohl noch nicht erlebt worden!

Es will uns jedoch scheinen: das Spiel wird diesmal nicht die Regierung, sondern das Parlament verlieren. Ob die Mitglieder des Kabinetts Clary zureichende Talente sind, ob sie also Minister bleiben sollen: das ist eine herzlich gleichgültige Sache. Weit wichtiger ist die Frage, ob dieses ungeschickte, jeden Gefühls der Verantwortlichkeit beraubende Parlament noch existenzfähig ist, ob die Aktion dieser Verfassung die Wähler noch weiter narren dürfen wird. Zweieinhalb Jahre hat man sich in Oesterreich mit der Illusion beholfen, daß nur die Sprachverordnungen die parlamentarische Krise verschuldet haben, daß jedoch ihre Aufhebung die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes sofort herstellte werde. Nun wird auf diese Behauptung die Verfassungsprobe gemacht, es soll sich zeigen, ob dieses Privilegienparlament noch überhaupt thätig sein kann. Verlangt das Parlament auch jetzt, so muß auch dem Einsichtlichen in Oesterreich klar werden, daß hier ein organischer Fehler vorliegt, daß man also, um die Verfassung zur Wahrheit zu machen, ein anderes Parlament braucht. So wenig auch die Herren Abgeordneten zu wissen scheinen, es ist für sie in Wahrheit die Entscheidungsschance gekommen: Das Parlament wird lebendig werden müssen, oder es wird aufhören zu sein.

Schweiz.

Genf, 18. November. (Wirtschaftliche.) Der Sozialist Triquet wurde in der Stichwahl zum Nationalrat gewählt. Es sitzen nunmehr im Schweizer Nationalrat 4 Sozialdemokraten.

Frankreich.

Josa-Prozess. Aus Paris wird gemeldet: Josa ersuchte den Präsidenten des Pariser Appellationsgerichts, für seinen am 23. November beginnenden Prozess den Oberst von Schwarzkoppen und den Oberst Pantzgard in der Acquisitionstrategie als Zeugen vernehmen zu lassen. Josa hofft durch diese Zeugen endgültig Beweis führen zu können, daß Esterhazy die Dreyfus zur Last gelegten Verbrechen begangen hat.

Komplotzprozess.

Der Gerichtshof verhandelte am Montag zunächst in geheimer Sitzung über die Feststellung, die seinem am Sonnabend gefassten Beschluß bezüglich seiner Zuständigkeit zu geben sei. Die öffentliche Sitzung wurde sodann um 2 1/2 Uhr eröffnet. Der Vorsitzende Fallières verliest zuerst den Beschluß des Gerichtshofs bezüglich der Zuständigkeit und dann die Anträge des Angeklagten Dubin, in welchen dieser verlangt, daß die Papiere unberührt bleiben, die bei ihm in einer im Laufe seiner Abwesenheit vorgenommenen Hausdurchsuchung konfiszirt wurden.

Der Advokat Devin bespricht die Anträge des Angeklagten Dubin und kommt zu dem Schluß, daß das Urteil gegen denselben aufgehoben werden müsse. Die Sitzung wird hierauf unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung legt Devin sein Wahlbrot fort und legt in längerer Rede die Rechtsfrage und die Thatsache dar. Die Länge seiner Ausführungen ruft unter den Senatoren mehrfach Murren hervor. Deronlöde und Guclin protestieren heftig dagegen. Nach einer Replik des Staatsanwalts, welcher Schlußfolgerungen Devins zurückweist, zieht sich der Staatsgerichtshof in sein Beratungskammer zurück. Die öffentliche Sitzung wird auf Mittwoch vertagt.

Dänemark.

Soziale Fragen im dänischen Folkething. Vier Thematika, die soziale Fragen betrafen, standen vor kurzem im dänischen Parlament zur Verhandlung. Es waren dies: Die Speisung der Schulkinder, die Reform der Altersversicherung, der Maximalarbeitszeit und Staatshilfe bei Arbeitslosigkeit. Der Präsident hatte sämtliche Fragen auf einmal zur Beratung gestellt und glaubte in einer Sitzung schnell die Sache zu erledigen. Diese Absicht wurde jedoch von unseren Parteifreunden vereitelt, die die Gelegenheit nicht vorbegehen ließen, in ausführlicher Weise die Begründung zu führen.

Zu der ersten Frage, die Speisung der Schulkinder betreffend, lagen Anträge vor, einer von unserer Partei, der den Gemeinden die Pflicht auferlegt und ihnen durch Staatszuschuß es möglich macht, alle bedürftigen Kinder zu speisen; der zweite Antrag ging von der liberalen Linken aus, die einsteht, daß sie diese Frage nicht völlig außer acht lassen darf, denn die Statistik hat bewiesen, daß bei 52000 Schulkindern ein Bedürfnis nach Speisung vorliegt; aber sie suchte die Sache durch ihren Antrag in so bescheidenen Grenzen zu halten, daß fast nicht herausgekommen wäre. Uebrigens haben die Gemeinden ja schon ohne gesetzliche Vorchrift nahezu mehr gethan, als die Liberalen wollen. Aopenhagen hat bereits 10000 Kronen für diese Zwecke bewilligt und Fredriksberg Schulkinder errichtet. Die Linke wollte nun, daß die Gemeinden das Recht erhalten, ohne Zustimmung des Amtes die Verköstigung der Kinder einzuführen.

Unsere Parteigenossen Jensen und Christensen vertreten unsern Parteiantrag. Jensen wies aus der Statistik nach, daß in Kopenhagen 7911 Kinder wären, die nicht jeden Tag warmes Essen bekämen, während 2000 nur dürftig versorgt sind. Nach ihrem Antrag könnten bis 8800 Kinder an der Speisung teilnehmen. Außerhalb Kopenhagens seien die Verhältnisse nicht so schlimm. Von 88000 Kindern bekommen nur 4000 jeden zweiten Tag warmes Essen.

In den Dörfern ist die Zahl sicher verschwindend, so daß durchaus nicht in jeder Landschaft Kinderpeisung eingeführt zu werden braucht. Ueber 18000 Kinder bekommen nur jeden 2. Tag warmes Essen und 4800 niemals. Christensen legte dar, daß die Sache nur dann Erfolg verspreche, wenn sie den Gemeinden zur Pflicht gemacht wird, da sonst die Gemeinden alles beim alten lassen werden. Der Minister des Innern stellte sich dem Antrag sympathisch gegenüber; er machte aber eine viel zu hohe Berechnung auf, um nachzuweisen, daß der Antrag zu weit gehe. Auch die anderen Parteien sprachen für den Antrag der Linken. Beide Anträge kommen demnächst zur zweiten Lesung.

Als zweiter Punkt stand die Altersversicherung zur Beratung, ein Antrag unserer Partei. In 1 1/2 stündigem Vortrag bewies unser Parteigenosse Knudsen, daß die durch ihn verlangte Reform jährlich 4-5 Millionen Kronen mehr erfordern würde. Außerdem werden klare Regeln für die Unterstützungs-Verechtigung, sowie Garantien für die gute Behandlung und Pflege in den Altersheimen, Erhöhung des Staatszuschusses etc. verlangt.

Der Vertreter der Linken sprach sich im ganzen günstig für die Reform aus. Das jetzige Gesetz würde sehr inhuman ausgeführt. Das Minimum der Unterstützung, welches der sozialdemokratische Antrag haben will, sei empfehlenswert. Wenn nur ein Teil des Antrags durchgeführt wird, sei es schon erfreulich. Auch Anton Jensen von der Linken erklärte das jetzige Gesetz für unhaltbar und will dem Antrage zustimmen.

Beim Folkething ist außerdem ein Antrag auf Aenderung der Arbeitszeit in Bäckereien durch unseren Parteigenossen J. Jensen eingebracht, ein Antrag, der im Vorjahre vom Folkething angenommen wurde, aber im Landesthing nicht mehr zur Beratung kam. Die Partei hofft diesmal auf Annahme.

Italien.

Die Marineschranke ohne Ende drückt auch auf das unglückliche Italien. Statt Reformen im Innern zu machen und für allmähliche Gesundung des kranken Staates und Kräftigung des ausgelegenen, ausgegammelten Volkes zu sorgen, wird die Regierung des Herrn Pelloni der am Dienstag zusammentretenden Kammer einen Plan zu beschleunigter Flottenvermehrung vorlegen. Ganz wie bei uns! Armes Italien.

Rußland.

Graf Tolstoi über die Zukunft der russischen Volkswirtschaft. In den Petersburger „Wiedemostr“ kommt Graf Tolstoi in einem umfangreichen Artikel, der die kritische Lage der russischen Volkswirtschaft untersucht, zu dem Schluß, daß in Zukunft für Rußland noch nie dagewesene Not bevorstehe, der die Regierung nur mit der Anlage von großen Getreidewerkstätten in den Dörfern zuvorkommen könnte. „Was wird aus Rußland,“ sagt Tolstoi, „wenn ein Hungerjahr, wie es 1891 war, mit noch verheerenderer Wirkung wiederkommen sollte? Won kann nur mit Schrecken daran denken! Was wird aus dem ausgemergelten zerrütteten Wolgagebiet? Was wird aus Sibirien, dessen Getreide-Export von der Regierung künstlich gefördert wird? Es werden nicht 30, sondern alle 50 Gouvernements hungern und das Hungergebiet wird zehnmal größer sein, als es im Jahre 1891 war.“

Graf Tolstoi, dessen Ausführungen bereits aus dem Grunde besondere Beachtung verdienen, weil er vielleicht der einzige ist, der in Rußland ungestraft halbwegs die Wahrheit sagen darf, fordert von der Regierung energische Maßnahmen, um den Bauerzustand vor dem drohenden Untergange zu bewahren.

Türkei.

Konstantinopel, 12. November. Hier finden zahlreiche Verhaftungen jugtürkischer Notabeln unter dem Verdacht eines Komplotts gegen den Sultan statt.

Afrika.

Auf Mauritius sind in der vergangenen Woche 87 Erkrankungen an der Pest und 62 Todesfälle vorgekommen.

Parlamentarisches.

Der Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1900 enthält zum erstenmal den Etat für das Reichs-Militärgericht, das infolge der neuen Militär-Strafgerichts-Ordnung mit dem 1. Oktober 1900 in Wirkksamkeit tritt. Der Etat ist also nur für ein halbes Jahr, bis 1. April 1901, aufgestellt. Die fortwährenden Ausgaben betragen 243 118 M. — Es erhalten 1 Präsident, General oder Admiral mit dem Range eines kommandierenden Generals, 12 000 M. Gehalt und 18 000 M. Dienstzulagen (außerdem freie Dienstwohnung etc.); 2 Adjutanten des Präsidenten, Majors, je 5850 M. Gehalt; 8 etatsmäßige militärische Mitglieder, und zwar 2 Generalmajors, je 9000 M. und 1 Oberst 7800 M. Gehalt; 12 außeretatmäßige militärische Mitglieder, je 600 M. Zulage; 8 Senats-Präsidenten, je 12 740 M. Gehalt; 12 Reichs-Militärgerichts-Räte, je 10 900 M.; 1 Overturalkommandant 12 740 M., 8 Militäranwälte je 10 985 M. — Dazu 11 Obersekretäre je 2000—3000 M. und 12 Kanzleisekretäre je 1800—2800 M.

Der Militär-Etat für 1900 weicht nicht wesentlich von den Aufstellungen des laufenden Jahres ab. Im Extraordinarium sind erste Bauraten angelegt für Magazinbauten in Bremen, Köln, Langfuhr, Darmstadt und Mainz; für neue Verleibungsämter in Spandau und in Wahrenfeld bei Altona; für Kasernen in Berlin, Alexanderstr. 55; ferner für ein Telegraphen-Bataillon, sowie den Erweiterungsbau des Intendantur-Dienstgebäudes des Gardecorps. Außerdem neue Kasernen für Cüstrin, Wesel, Bonn, Colberg, Lubowitz, Parchim, Oldenburg, Kassel, Gera, Mühlhausen, Bruchsal, Mainz, mehrere Bantzen für Leipzig und für Dresden.

Zeit der Reichstagswahl im Juni 1898 haben die freisinnige Volkspartei, der bairische Bauernbund, die Welfen und die sächsische Volkspartei je 1 Sitz eingekauft, die Nationalliberalen je 1 verloren und gewonnen, während Konservatives und Centrum je 1, die Sozialdemokraten 2 positive Gewinne zu verzeichnen haben. Rechnet man die erledigten Mandate ihren bisherigen Inhabern zu, so ergibt sich für den morgen zusammentretenden Reichstag folgendes Stärkeverhältnis der Fraktionen (die einstellbaren Zahlen nennen die Stärke am Beginn der ersten Sitzung): Centrum 108 (102), Sozialdemokraten 58 (56), Deutsch-konservative 53 (52), Nationalliberale 48 (48), freisinnige Volkspartei 29 (29), Reichspartei 22, Polen 14, freisinnige Vereinigung 12, Antikemiten 12 (12), Welfen 10, Welfen 8 (9), Volkspartei 7 (6), Bauernbund 4 (5), Wilde 18. Erledigt sind von den sozialdemokratischen Mandaten zwei, das von Calbe-Werresleben (Schmidt) und von Pforzheim (Wagner).

Partei-Nachrichten.

Gemeinbewahlstige. Bei den Bürgerdörferwahlen in Debe wurden unsere Genossen Wädger und Rehlitz mit sehr großer Mehrheit wieder als Vertreter der dritten Klasse gewählt. In Kaiserlautern wurden von den sozialdemokratischen Kandidaten 8 zu Stadträten und 2 zu Ersatzleuten gewählt. In Loßwitz und Beiker Hirsch (bei Dresden) regten in der Klasse der Unanständigen die von uns angestellten Kandidaten mit großer Mehrheit. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: „Die erste sozialdemokratische Gemeinbewahlstige in Wapern wurde am Freitag in Hohenberg bei Würzburg, einem Orte mit überwiegender Arbeiterbevölkerung, gewählt. Die Bürgerchaft war unzufrieden mit dem bisherigen, unter dem Banner der Christlichen stehenden Bürgermeister. Deshalb siegte die sozialdemokratische Liste mit großer Majorität.“

Politikliches, Gerichtliches usw.

Von der Auflage der Schumanns-Beleidigung wurde der verantwortliche Redacteur der „Schleswig-Holst. Ztg.“, Genosse Korn in Kiel, freigesprochen. Er hatte von einem Schumanns-Bericht, dieser habe sich Eintrittsacten zu Vereinsvergütungen „erschmuggelt“. Das Gericht erklärte in der Urteilsbegründung, daß er sich in der That die Karten unter unwahren Angaben verschafft habe; er möge als Beamter korrekt gehandelt haben, vom gesellschaftlichen Standpunkte sei sein Verfahren jedoch nicht zu billigen.

Wegen Beleidigung eines Schumanns wurde der verantwortliche Redacteur des anhaltischen „Volksblatts“, Genosse Günther, vom Schöffengericht in Wernburg zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte berichtet, daß der Schumann einen bestimmten Arrestanten geschlagen habe, während die Beweisaufnahme ergab, daß der Betreffende, wenn er sich sträubte, nur immer wieder auf die Karre, auf der er transportiert wurde, niedergedrückt worden war.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Sattler der Militäreffektenbranche. Bei der Firma Becker u. Co., Alexanderstr. 27a, ist der Streik ausgebrochen. Die beschiedenen Forderungen: Aufhebung jeder Maßregelung, Einführung der früher üblichen Arbeitszeit von 9 Stunden und Verbesserung der Accordlöhne, sind vom Fabrikanten abgelehnt worden. Kollegen! Wir rechnen auf Eure Solidarität! Die Agitationskommission.

Zu dem Bericht der Versammlung der Berliner Gewerkschaftskommission erhalten wir folgende Zuschrift:

„Meine Ausführungen betr. die Verhandlungen des Einigungsamtes im Streik der Steinarbeiter sind in dem Bericht nicht ganz zutreffend wiedergegeben. Ich habe nicht gesagt und konnte nicht sagen, daß der Vorsitzende v. Schulz ausdrücklich erklärt habe, daß nur die Hauptverhandlung beginne“. Es ist nur gesagt worden, daß man nunmehr (nachdem die Frage entschieden, ob und eventuell auf welcher Seite ein Bruch des mit der früheren Innung abgeschlossenen Vertrages vorliege) in die weiteren Verhandlungen eintreten würde.

Wenn nun daraus, daß das Geschehen, jemand ein Wortwort gemacht werden könnte, so trifft dieser Wortwurf auch die Arbeiterbestreiter, speziell meine Person, mit; denn als die Verhandlungen über die Frage des Tarifbruchs erledigt waren und im Einigungsamt die Frage aufgeworfen wurde, ob man nun auch auf die übrigen Angelegenheiten eingehen wolle, da war ich es, der unter Zustimmung aller Bestreiter erklärte, daß sei doch ganz selbstverständlich, da man den Arbeitern nicht zumuten könne, lediglich vor dem Einigungsamt erscheinen zu sein, um sich sagen zu lassen, daß sie den Vertrag gebrochen haben.

Daraufhin erfolgte dann seitens des Vorsitzenden die oben angeführte Erklärung, ohne daß dagegen Einspruch erhoben wurde.

A. Knoll.

Deutsches Reich.

Aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Die christlichen Organisatoren arbeiten in Rheinland mit außerordentlichem Eifer. Trotzdem wollen ihre Unternehmungen nicht in der gehofften Weise gedeihen. Man kam daher in Köln auf das Auskunftsamt, durch die Ankündigung freier Diskussion die Anhänger der freien Gewerkschaften anzulocken, was die Versammlungen natürlich interessant und stark besucht machte. Erst ließen nun die Herren Centrumsleute als „Referenten“ ihre Sermons vom Stapel; dann gewährte man den übrigen fünf Minuten Redezeit, eine genau so lustige wie ultramontane schlaue Auslegung des Begriffes „freie Diskussion“. Dieser Tage war eine solche Versammlung wiederum in Köln einberufen. Die Vertreter der freien Gewerkschaften hatten aber nicht die Lust, sich nochmals nachfragen zu lassen. Sie verlangten eine präzise Erklärung und ließen niemand zu Wort kommen, bis eine Redezeit von 20 Minuten zugesichert war. Das veranlaßte die Versammlung einen für die Sozialdemokratie sowohl als für die Gewerkschaften überaus glänzenden agitatorischen Verlauf. So sind noch nie ultramontane Arbeiterverheerungen abgeführt und in ihrer bodenlosen Unwissenheit und demagogischen Unverfrorenheit vor einer nach vielen hundert Köpfen zahlenden Zuhörerschaft beleuchtet worden. Die ultramontanen Redner sind nicht darauf eingerichtet, daß ihn ein jemand entgegentritt. Ähnlich wie der Kaplan von der sicheren Kanzel aus, behaupten sie was sie wollen. Die christlichen Redner beschränkten die Gewerkschaften des Aberglaubens, des Klassenhasses, der Religionsverspottung und was dergleichen Anstun mehr ist. Ja, man schämte sich nicht, den tausendmal widerlegten und widerrufenen „Holl Singer“ aufs Tapet zu bringen. Der Landtags-Abgeordnete Hubsch pries das Centrum als allein wahre Arbeiterpartei, es sei schon zu einer Zeit parlamentarisch für die Arbeiter eingetreten, als es noch gar keine Sozialdemokratie gab. Unser Parteigenosse Dr. Erdmann nagelte den Herrn auf seiner phänomenalen Unkenntnis der geschichtlichen Thatsachen fest und wies darauf hin, daß es eine Sozialdemokratie schon seit 1868 in Deutschland gibt, deren Vertreter seit 1867 im Norddeutschen Reichstage thätig waren, wogegen das Centrum erst seit 1870 bezw. 1871 im preussischen Abgeordnetenhaus bezw. deutschen Reichstag vorhanden ist. Ferner geißelte Erdmann den Unfug, der mit dem wiederholten Antrag Galen getrieben wird. Er verlas den Antrag und kennzeichnete ihn in seiner ganzen Bedeutungslosigkeit. Genosse Gilsbach tabelte das arbeiterfeindliche Gebahren der Ultramontanen, die durch das Hineinzerren der Religion in die Gewerkschaftsbewegung die Arbeiter in zwei gegnerische Lager spalten. Man möge lieber den Unternehmern das Christentum predigen, nicht zuletzt denen der eigenen Partei. Er erinnerte an die Hungerlöhne, die der Centrumsgraf Wallbreim seinen Grundbesitzern zahlte und wie er die Frauenarbeit ausnützte; ferner an den frommen Katholiken und frommen Centrumsmann, den Cigarrenfabrikanten Mertens in Cleve, der die Kinder im zartesten Alter in unehörtlicher Weise ausbeutete und deshalb gerichtlich bestraft ist, der das Christenwort: Lasset die Kindlein zu mir kommen! so eigenartig ausgelegt hat. Genosse Hofrichter hielt dem Centrum vor, daß gerade es verschuldet, daß die Gefahr des Justizgesetzes noch über den Arbeitern schwebt, weil es nicht für den Obelischen Antrag stimmte. Die „Ablische Volkzeitung“ habe die Schuld für das Alters- und Invaliditätsversicherungs-Gesetz unter dem Hinweis abgewiesen, daß nur Dreizehn seiner Texte dafür stimmten. Fuchs aber prägte mit der Zustimmung des Centrums und machte den Sozialdemokraten den Vorwurf der Ablehnung. Wo bleibe da die Wahrheit? — Es soll uns wundern, ob die ultramontanen Herren nach dieser schweren Niederlage noch einmal eine Versammlung mit freier Diskussion veranstalten werden.

In der kunstgewerblichen Anstalt von Georg Oulbe- Hamburg ist es wegen Lohnifferenzen zu einem Ausstand sämtlicher Arbeiter gekommen. Die Haltung der Streikenden ist eine vorzügliche. Zugung auch von Tischlerern, Graveuren, Modelleuren, Bildhauern, Buchbindern, Porzellanmalern und Sattlern ist streng fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden gebeten, hiervon Notiz zu nehmen.

Der Leipziger Formereistritz ist zwar beendet, jedoch sind noch eine große Anzahl Kollegen nicht untergebracht. Aus diesem Grunde ist Zugung streng zu vermeiden. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Bestimmtes über die augenblickliche Situation ist noch nicht festzustellen. In den letzten Tagen ist ein Teil der Formere wieder in Arbeit getreten. Es wird angenommen, daß in den nächsten Tagen ein weiterer Teil folgen wird. Danach wird sich erst die Zahl der Richtingestellten feststellen lassen. Die Kommission.

Ausland.

Die Arbeiter am Eimplotunnel haben, nachdem ihre Forderungen von den Unternehmern abgewiesen sind, definitiv den Generalstreik beschlossen.

Der belgische Kohlenarbeiter-Ausstand soll belgischen Blättermeldungen zufolge am 4. Dezember beginnen.

Wachtung, Damenschneider! Ueber die Firma J. L. D. W. Berlin, Kochstr. 55 (früher Mauerstr. 26) ist die Sperre verhängt. Die Ortsverwaltung des Deutschen Schneider-Verbandes.

Der Vorstand des Dantischer-Nachvereins zu Kopenhagen bittet um Aufnahme folgender Juristen: Wir haben in Erfahrung gebracht, daß es vergessen worden ist, über etwa 18 M. zu quittieren, die wir durch Pianoforte-Arbeiter Hansen-Berlin empfangen haben. Das Geld war in der Pianofabrik von Dunsen in der Friedrichstraße gesammelt worden. Den Gebern unsern besten Dank.

Sociales.

Ablaufende Jubiläenmarken. Das Reichs-Versicherungsammt macht bekannt, daß die bisher gültigen Marken zur Selbstversicherung und zur Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses mit Gufajymarken am 31. Dezember ungültig werden. Vom 1. Januar an gelten für die freiwillige Versicherung dieselben Marken, wie für die Zwangsversicherung. Soweit die alten Marken bis zum 31. Dezember nicht verwendet sind, können sie bis zum 31. Dezember 1901 bei den Marken-Verkaufsstellen umgetauscht werden.

Die neuen Jubiläenmarken. Der Reichs-Anzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung des Reichs-Versicherungsamts über die Beschaffenheit der neuen Jubiläenmarken. Es werden nach dem neuen Gesetz Marken für eine Woche, für zwei Wochen und für 13 Wochen ausgeben. Die Marken für eine Woche unterscheiden sich in den verschiedenen Lohnklassen zunächst durch die Farbe des Druckes. Der Druck ist in der ersten (niedrigsten) Klasse rot, in der zweiten blau, dritten grün, vierten rotbraun und fünften gelb. Aufgedruckt sind der Name der ausgebenden Versicherungsanstalt, die Nummer der Lohnklasse in lateinischen und der Geldwert der Marke in arabischen Zahlen. Außerdem unterscheiden sie sich noch durch die nach Klassen wechselnde Art, wie der Name der Versicherungsanstalt aufgedruckt ist. Die Marken für zwei Wochen gleichen den ersten in der Größe, sind aber in der Zeichnung abweichend, die eine Hälfte in silbergrauer Farbe für alle Klassen gleich und tragen außer den Bezeichnungen der Wochenmarken noch den Ausdruck: „Zwei Wochen“. Die Marken für 13 Wochen sind wesentlich größer wie die beiden anderen Sorten und auch in der Zeichnung stark abweichend, ebenso zeigen sie außer dem Ausdruck der Klasse und des Geldwertes noch den Ausdruck: „Dreizehn Wochen“. Ihre Farbe ist für alle Klassen gleich. Sämtliche Marken tragen den Reichsadler.

Die Krise in der Diamantenindustrie nimmt immer größeren Umfang an. In Antwerpen sind 700 Schleifer arbeitslos. In Amsterdam feiern wegen Mangel an Arbeit ungefähr 3000 Arbeiter.

Gewichts-Beitrag.

Polizeiliche Zeugenvernehmungen. Wie die Erfahrungen des „Harmlosen-Prozesses“ bezüglich der Zeugenaussagen zu polizeilichem Protokoll jetzt in anderen Strafsachen verwertet werden, zeigte eine recht aufgeregte Verhandlung, die sich gestern vor dem Schöffengericht abspielte. Ein hiesiger Schankwirt war beschuldigt, in seinem Lokale Glücksspiele geduldet zu haben. Der Anklage lag u. a. das Protokoll über die Aussagen zu Grunde, welche zwei auf der Polizei vernommene Zeugen gemacht hatten. Danach hatte der Angeklagte nicht nur Kenntnis von dem Glücksspiel gehabt, sondern auch selbst daran teil genommen. In der Hauptverhandlung machten diese Zeugen unter ihrem Eide Aussagen, die mit dem polizeilichen Protokoll schlechterdings nicht zu vereinbaren waren. Es entstand darüber eine sehr heftige Scene, in welcher der Vorsitzende immer wieder den Zeugen nachdrücklich zu Gemüte führte, daß sie sofort verhaftet werden könnten, wenn sie eine wissenschaftlich falsche Aussage machten. Es half aber nichts, die Zeugen blieben bei ihrer Behauptung, daß der Angeklagte von dem Glücksspiel nichts habe wahrnehmen können. Der Widerspruch mit der polizeilichen Aussage war trotz aller Vermahnungen nicht aufzulösen. Rechtsanwalt Leopold Meyer kam den gefährdeten Zeugen dadurch zu Hilfe, daß er darauf hinwies, wie die ganze Art solcher polizeilichen Wahrnehmungen, die Verwirrung, in welcher sich die auf der Polizei geladenen Personen befinden, die auf ein bestimmtes Ziel gerichtete Fragestellung z. B. Zeugnismaterie und Lohr öffne. Wenn schon hochgebildete Leute oft behaupten, daß sie das nicht sagen wollten, was das Protokoll ergebe, wie es im Harmlosenprozeß der Fall war, so dürfe man sich nicht wundern, wenn weniger gebildete Leute in der Erregung etwas vor der Polizei aussagen, was sie nachher nicht aufrecht erhalten können. — Der Angeklagte wurde freigesprochen.

Am besten thun Zeugen wie Angeklagte, wenn sie in Fällen, wo ihnen die geringsten Zweifel aufsteigen, sich überhaupt vor der Polizei weigern, andere als auf ihre Personalien, d. h. auf ihren Namen, Alter zc. bezügliche Aussagen zu Protokoll zu geben. Ueber Angelegenheiten, die auf den intimierten Fall selber Bezug haben, verlange man, nicht auf dem Alexanderplatz oder im Revierbureau, sondern in Moabit vom Untersuchungsrichter verhört zu werden.

In der Schöneberger Schlaftatze hat bekanntlich das Reichsgericht auf die Revision des Rechtsanwalts Hugo Sachs, als Verteidiger der Angeklagten Erlinung und Vornung, das Urteil des Landgerichts Berlin II aufgehoben. In dem Urteil des Reichsgerichts sind einige für die Presse und die Anwendung des § 193 beachtenswerte Rechtsgrundsätze aufgestellt. Erlinung war als verantwortlicher Redacteur bestraft, obwohl er unter Beweis gestellt hatte, daß er tatsächlich die Redaktionsgeschäfte in der fraglichen Zeit nicht besorgt hatte. Die Strafkammer hatte dies für unerheblich erklärt, weil die gesetzliche Vermutung der Täterschaft des Redacteurs nach § 20 Abs. 2 des Preßgesetzes nicht durch Umständen ausgeschlossen werden könne, die durch Fahrlässigkeit des Redacteurs herbeigeführt seien. Diese Ansicht hat das Reichsgericht als unzureichend bezeichnet. Es führte aus, daß die rechtliche Voraussetzung aus § 20 Abs. 2 des Preßgesetzes, daß nämlich die Veröffentlichung mit Kenntnis und Verhängnis des Inhalts vorläufig bewirkt ist, entkräftet und widerlegt wird, wenn der verantwortliche Redacteur den Nachweis bringt, daß die Veröffentlichung des bestimmten inkriminierten Artikels ohne sein Wissen und Wollen erfolgt ist. Aus dem Kreise der besonderen Umstände, auf die dieser Gegenbeweis gestützt ist, können aber die Fälle der fahrlässigen Nichtkenntnis nicht ausgeschlossen werden, denn auch bei ihnen kann von gewollter Veröffentlichung nicht gesprochen werden. — Bezüglich des Angeklagten Vornung war die Verurteilung erfolgt, weil er den Lehrer Richard als brutalen Menschen und seine Züchtigung als überaus brutal bezeichnet habe. Hieraus hatte die Strafkammer die Beleidigungsabsicht geschlossen, weil, wenn ein Schriftsteller und gebildeter Mensch solchen Ausdruck gebraucht, dies nur in der Absicht geschehen könne, um zu beleidigen. Das Reichsgericht wendete sich dagegen mit der Bemerkung, daß dieser Erwägung allem Anscheine nach die abstrakte Meinung zu Grunde liege, daß jemand, der vermöge seines Bildungsgrades die volle Tragweite und Schärfe eines Ausdrucks zu erkennen vermag, diesen Ausdruck notwendigerweise in beleidigender Absicht gebraucht haben müsse. Diese Meinung sei rechtsirrthümlich. Sie würde dazu führen, daß der § 193 in vielen Fällen bedeutungslos wäre. Daß der Angeklagte den Vorwurf der Brutalität inhaltlich erheben durfte, räumt ihm der erste Richter ausdrücklich ein. Wollte der Vorderrichter das Vorhandensein einer Beleidigung gleichwohl annehmen, so mußte er auch angeben, mit welchen anderen Worten der an sich nicht strafbare Inhalt hätte ausgedrückt werden können.

Veranstaltungen.

Der Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin) hielt am Sonntag die Generalversammlung für das Vierteljahr Juli bis September ab. Der Redant P e z o l d erläuterte den Kassenbericht, aus dem folgendes hervorzuhellen ist: Ende Juni war ein Bestand von 68 796,22 M. vorhanden. Im Juli wurden eingenommen

12 770,05 M., ausgegeben 17 959,9 M., im August betrug die Einnahmen 14 043,65 M., die Ausgaben 8192,97 M., im September sind eingenommen 21 528,40 M., ausgegeben 18 371,10 M. Am Schlusse des Vierteljahres betrug der Bestand 107 124,28 M. — Die Zahl der Mitglieder beläuft sich auf 15 800, die ihre Beiträge bezahlt haben, es ist also, wie der Redant hervorhob, infolge der Erhöhung des Beitrages auf 30 Pf. ein Rückgang in der Mitgliederzahl nicht eingetreten. Wie der Redner zahlreich nachwies, trifft auf die Befürchtung, daß nach dem neuen Abrechnungsmodus mit der Hauptkasse der örtliche Anteil nicht ausreichend sei, nicht zu. — Auf Antrag des Redners Freithaler wurde dem Redanten Decharge erteilt.

Hierauf kamen einige Vorträge auf Aenderung des Ortsstatuts zur Debatte. R ä t h e r führte zu diesem Punkt aus, es hätten sich bei Gelegenheit der letzten Lohnbewegungen verschiedene Mängel und Lücken im Statut bemerkbar gemacht, die beseitigt werden müssen. Redner empfahl, dem § 2 des Statuts folgende Fassung zu geben: „Bei Streik oder Wahregelungen wird den dabei beteiligten Verbandsmitgliedern, sofern sie mindestens 26 Wochen dem Verbandsangehören und für diese Zeit ihre Beiträge entrichtet haben, eine wöchentliche Unterstützung von 15 M. für männliche und 9 M. für weibliche gewährt. Die verheirateten Mitglieder erhalten außerdem für jedes Kind unter 14 Jahren 1 M. extra pro Woche. Mitglieder, welche dem Verband über 18, aber noch nicht 26 Wochen angehören, und ihre Beiträge entrichtet haben, erhalten eine wöchentliche Unterstützung von 12 M. Mitglieder, welche dem Verband über 2 Wochen bis 18 Wochen angehören, erhalten pro Woche 10,50 M. Unterstützung. Mitglieder, welche dem Verband erst 2 Wochen oder noch kürzere Zeit angehören, erhalten eine Unterstützung von 9 M. pro Woche. Nichtvollberechtigte weibliche Mitglieder erhalten pro Woche 6 M. Unterstützung.“

Nach dem bisherigen Statut erhielten männliche, dem Verband mindestens 26 Wochen angehörnde Mitglieder 14 M., dergleichen weibliche 8 M. und Verheiratete für jedes Kind 1 M. extra. Nicht vollberechtigte Mitglieder erhielten, wenn verheiratet, 12 M., wenn unverheiratet, 10 M. pro Woche.

Zu § 3 des Statuts empfahl der Redner folgende Aenderung: „Diejenigen Mitglieder, welche dem Verband mindestens 26 Wochen angehören und für diese Zeit ihre Beiträge entrichtet haben, und auf Grund ihrer agitatorischen Thätigkeit für den Verband oder ihres sonstigen von der Organisation gewünschten Verhaltens gemäßigert werden, erhalten 15 M. wöchentlich, so lange, bis sie in Arbeit getreten sind. Die verheirateten Mitglieder erhalten außerdem für jedes Kind unter 14 Jahren 1 M. extra pro Woche. Die Höhe der Unterstützung gemäßigert nicht vollberechtigter Mitglieder bestimmt die Ortsverwaltung.“

Nach dem jetzigen Statut wird den für ihre Verbandsfähigkeit Gemäßigerten ebenfalls eine Unterstützung von 15 M. und 1 M. für jedes Kind zugesprochen, nur wird dieser Satz nicht von der 26wöchigen Mitgliedschaft abhängig gemacht. Demzufolge fehlt auch der Passus, daß die Ortsverwaltung den Unterstützungssatz für Nichtvollberechtigte bestimmt.

Den § 4 des Statuts empfahl der Redner zu streichen, weil derselbe einen Ausnahmezustand für Berlin darstelle. Dieser Paragraph bestimmt, daß Mitglieder, welche länger als 18 Wochen mit dem Beitrage im Rückstand sind, ihre Rechte verlieren, dieselben jedoch durch Nachzahlung wieder erwerben können. Diese Bestimmung habe den Uebelstand erzeugt, daß solche Mitglieder, die schon lange im Rückstand sind, und dem Verband thatsächlich den Rücken gekehrt haben, bei bevorstehenden Lohnbewegungen und sonstigen Gelegenheiten, wo sie Unterstützungen aus der Verbandskasse ziehen wollen, die Beiträge nachzahlen, um dann nach Ausnutzung des Verbandes demselben wieder fern zu bleiben. Ramentlich würde sich die in Rede stehende Bestimmung beim Inkrafttreten der Arbeitslosen-Unterstützung zum Nachteil des Verbandes geltend machen.

Nach kurzer Debatte wurden sämtliche Vorschläge R ä t h e r s größtenteils einstimmig angenommen.

Hierauf empfahl R ä t h e r folgenden neuen § 4: „Zur Deckung außerordentlicher örtlicher Ausgaben erhebt die Verwaltungsstelle Berlin von jedem Mitgliede einen monatlichen Extrabeitrag von 20 Pf. (Kant § 4, Abs. 3 des Verbandsstatuts.) Dieser Extrabeitrag wird durch in das Mitgliedsbuch zu lebende Marken bei dem betreffenden Monat quittiert. Der Extrabeitrag muß entrichtet sein, bevor für den folgenden Monat Verbandsbeiträge entgegengenommen werden. Der Extrabeitrag kann jederzeit von einer beschließenden Versammlung erhöht oder herabgesetzt werden.“

Zur Begründung dieses Antrages führte R ä t h e r aus: Außerordentliche Ausgaben seien bisher aus dem durch freiwillige Sammlungen aufgebracht öffentlichen Fonds gedeckt worden. Es stehe fest, daß dieser Fonds zu 90 Proz. von den Verbandsmitgliedern aufgebracht werde, während sich die Unorganisierten nur in verschwindend geringem Maße an den Sammlungen beteiligten. Trotz dem glaubten die Unorganisierten, durch gelegentliche geringe Beiträge ein Anrecht auf Unterstützung zu haben. Unter diesen Umständen sei es ratsam, alle freiwilligen Sammlungen einzustellen und von den Mitgliedern die vorgeschlagene Extrabeitrag zu erheben. — An diesen Vorschlag R ä t h e r s knüpfte sich eine längere Debatte. Einerseits stimmte man dem Vorschlage zu, und beantragte sogar, den Extrabeitrag auf 30 Pf. zu erhöhen, andererseits hielt man dafür, daß die Unorganisierten, die ja laut Ortsstatut unterstützt werden, auch zu den Sammlungen herangezogen werden müßten. Schließlich wurde der Antrag R ä t h e r s angenommen: die beschlossenen Statutenänderungen treten mit dem 1. Januar in Kraft.

Der letzte Punkt der Tagesordnung: Die Streiks und Lohnbewegungen der Metallarbeiter, wurde der vorgedachten Zeit wegen bis zu einer außerordentlichen Generalversammlung vertagt.

Die Hellenauer und Bernsdgenossen waren am Sonntag versammelt, um über den Anstand bei den Firmen Beihler und J i e m e zu verhandeln. Ueber die Entziehung des Streiks, der seit bereits drei Wochen andauert, gab K a n g l e einige Erläuterungen, indem er u. a. darauf hinwies, daß trotz der scharfen Ablehnung seitens der Firmeninhaber, für die sich leider einige Streikbrecher als billige und willige Arbeitskräfte gefunden haben, die Aussicht auf Erfolg für die Streikenden und Bewilligung deren Forderungen sehr günstig sei. Dies sei schon daraus zu erklären, daß die einschüchternen Fabrikanten die Forderungen der Arbeiter für gerechtfertigt bezeichneten. An ein „Aushungern“ sei gar nicht zu denken. Auch sei es sehr erfindlich, daß in der Provinz, von wo man Arbeiter verlangte, keine Streikbrecher sich gefunden haben. Im ferneren Verlauf der sehr lebhaften Vespredung wurde noch auf das Ueberwiegen der A c c o r d a r b e i t hingewiesen, wobei unter angestrengter und gesundheitschädlicher Thätigkeit bei oft bis elf- und zwölfstündiger Arbeitszeit kaum 27 M. Lohn pro Woche erzielt werden; auch seien Löhne bis herunter zu 12 M. nichts Seltenes. Durch Einführung der Maschinen- und billigen Frauenarbeit seien die Preise und Löhne immer mehr gedrückt worden. Auch die Hausindustrie in der Provinz und die übermächtige Konkurrenz in R e m s c h e i d haben sich für die Berliner Fabrikation äußerst nachteilig erwiesen. Wenn aber bei alledem auch die Verbandsleitung diesen Streik nicht gebilligt habe, so werde man bis auf weiteres doch ausharren. (Weisfall.) Bei allen Vorkommnissen zc. aber möge man sich an die Lohnkommission wenden. In diesem Sinne gelangte auch einstimmig eine Resolution zur Annahme, wonach alle Ausständigen sich verpflichten, den Streik bis auf weiteres fortzusetzen.

Der Stand des Streiks bei der Firma Feibisch ist trotz der langen Dauer desselben für die Ausständigen, wie in der Versammlung, die am Sonntag in der „Königsbarr“ tagte, berichtet wurde, durchaus kein ungünstiger. Ein große Anzahl der Arbeitswilligen, die vor einiger Zeit an Stelle der Ausständigen in die Fabrik eingetreten sind, haben die Arbeit ebenfalls bereits wieder eingestellt und ist die Zahl der Arbeitenden gegenwärtig nicht größer, als im Anfang des Streiks. Nicht nur, daß infolge dessen zahlreiche Stühle unbesetzt sind, selbst es insbesondere an eingearbeiteten und geübten Arbeitern. Die bessere Ware kann unter den gegebenen Verhältnissen gar nicht her-

gestellt werden, so daß die Firma den von den Kunden gemachten Anforderungen unmöglich nachkommen kann. Lagerware ist nicht mehr vorhanden und neue Muster, wie sie verlangt werden, können die zur Zeit in der Fabrik beschäftigten Arbeiter nicht liefern. Gegenwärtig sind nur noch 49 Personen ausständig und auch von diesen wird eine größere Zahl in der nächsten Zeit anderweitig untergebracht werden. Für Herrn Feibisch ist die Situation demzufolge auch keine angenehme. Er hat bisher immer noch geglaubt, die alten Arbeiter würden die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen, und deshalb die Verhandlungen bekanntlich auch vor dem Berliner Einigungsamt abgelehnt. Wenn Herr Feibisch nun noch auf die alten Arbeiter respektiert, so müßte er sehr bald selbst eine Einigung herbeizuführen suchen, bevor dieselben anderweitig die Arbeit aufnehmen. In der Fabrik sind in letzter Zeit drei Unglücksfälle, darunter ein ziemlich schwerer, zu verzeichnen, die wahrscheinlich nicht vorgekommen wären, wenn in der Fabrik reguläre Verhältnisse obwalten würden. Trotzdem den Arbeitswilligen ein hoher Lohn zugesichert worden ist, sind vielfach nur 6, 9 und 18 M. pro Woche verdient worden, was verschiedene Personen veranlaßt hat, die Arbeit wieder einzustellen. In der Diskussion wurde das Verhalten eines Herrn K e i m a n n, der die Arbeit bei Feibisch wieder aufgenommen hat, trotzdem derselbe mehr wie andere Ausständige von der Organisation unterstützt wurde und zwar zu Unrecht, denn er hat nebenbei auch gearbeitet, einer heftigen Kritik unterzogen. Von allen Rednern wurde die Aufrechterhaltung des Streiks befürwortet, den Ausständigen die volle Unterstützung zugesichert und zur regen Beteiligung an den Sammlungen aufgefordert.

Der Krieg.

Noch immer ist die Situation in K a t a l fast unverändert. Ein amtliches Telegramm des Generals B u l f e r meldet folgende Einzelheiten über das Gefecht bei Belmont, von dem wir schon berichtet hatten: Oberst Gough mit zwei Schwadronen Husaren, einer Batterie Feldartillerie und 1 1/2 Compagnien berittene Infanterie stieß neun Meilen westlich von Belmont auf eine Abteilung von 700 Boeren, mit einem Geschütz. Der Kampf wurde mit Artilleriefire eröffnet. Die berittene Infanterie erhielt den Auftrag, die Flanke des Feindes zu umgehen und das Lager der Boeren aufzusuchen. Bei dieser Bewegung hatten wir die gemeldeten Verluste. Nach einem Kampfe, der drei Stunden währte, lehrten die Truppen in das Lager zurück, ohne vom Feinde belästigt zu werden. Einer der verwundeten Vientenants ist inzwischen gestorben.

Ueber die Kämpfe um Masfeking

wird aus London vom 13. d. M. gemeldet: Nach einem amtlichen Telegramm aus Masfeking vom 30. Oktober zog sich der Feind an diesem Tage gegen zusammen, um die Stadt einzunehmen. Der Feind hat die Eisenbahn 2 Meilen nördlich von Masfeking mit Dynamit zerstört. Das Bombardement auf die Stadt dauert fort, richtet indessen wenig Schaden an. — Nach einem weiteren Telegramm aus Masfeking hat der Feind am 31. Oktober einen Angriff auf die Stadt versucht. Die Boeren haben sehr tapfer gekämpft trotz des heftigen Granatenfeuers der britischen Südafrika-Polizeitruppe. Der Feind hat schwere Verluste gehabt, auf Seiten der Engländer wurden zwei Hauptleute und drei Mann getötet, fünf Mann verwundet.

In Oken.

London, 13. November. Die „Times“ veröffentlichten in ihrer zweiten Ausgabe ein Telegramm aus Ladysmith, wonach die Stadt seit Freitagabend ununterbrochen von den Boeren bombardiert wurde. Der Schaden ist sehr bedeutend. Es fanden ebenfalls vor der Stadt verschiedene Vorkostengescheft. General White hat mit General Joubert Unterhandlungen angeknüpft, dahin gehend, daß die in Ladysmith anwesenden Frauen und Kinder die Stadt verlassen sollen. Infolge dieser Unterhandlungen wurde das Bombardement eingestellt, so daß augenblicklich ein Waffenstillstand herrscht.

In Süden.

Die „Times“ melden in ihrer zweiten Ausgabe vom Montag aus De Far: Einer von Jamestown aus auf telegraphischem Wege übermittelten Nachricht aus Alwal North zufolge hat man keine weiteren Bewegungen der Boeren-Kommandos bemerkt. Das Land zwischen Alwal North und Burchersdorp werde ununterbrochen abpatrouilliert. Die Boeren behaupteten, die Santos würden von der Regierung bewaffnet. Wenn von den Boeren irgend eine Bewegung über den Orange-Fluß bei Hericell ausgeführt werde, dann sei ein Vantou-Anstand sicher; wenn nicht, werde der Einfluß des Kommissars Sir G. Lagden hinreichen. Keine Nachrichten irgend welcher Art gelangten nach Alwal North.

Englische Verhältnisse.

Durban, 8. Novbr. Die Kriegsschiffe legten eine Marinebrigade mit 20 Geschützen an Land.

London, 12. Novbr. Der Transportdampfer „Roslin Castle“ ist mit dem zweiten Bataillon des West-Yorkshire-Regiments heute in Katal angekommen.

Kapstadt, 12. November. Das Transportschiff „Gascon“ mit dem 2. Bataillon der Goldstream-Garde und anderen Truppen an Bord, ist hier heute Nachmittag eingetroffen und geht nach Katal und der Delagoa-Bai weiter.

Kapstadt, 13. November. Die Transportschiffe „Armerian“ und „Rubia“ sind mit 2000 Mann und 600 Pferden eingetroffen.

Der Transportdampfer „Oriental“ mit 1200 Mann britischer Truppen ist hier eingetroffen.

England bleibt fleibeil.

Wien, 13. November. Nach einer Londoner Meldung der „Politischen Korrespondenz“ ist die Meldung, daß England in seinem Falle die territoriale Selbständigkeit der südafrikanischen Republik zugeben werde, eine vollständige Irrge.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 13. November. (O. G.) Die österreichische Quotendeputation beschloß in ihrer heutigen Sitzung, ihr Siedener-Komitee zu neuen Verhandlungen nach Budapest abzusenden.

Wien, 13. November. (W. T. B.) Die „Wiener Abendpost“ meldet: Auf dem am 28. Oktober in Triest aus Konstantinopel eingetroffenen Dampfer „Wolfs Ritzlyne“, welcher am 31. Oktober von Triest zurückfuhr, war ein Bootsmann mit katarthalschen Symptomen krank angelangt. Da sich Anzeichen einer Infektionskrankheit ergaben, wurde derselbe in das Isolierhospital Triests gebracht, wo er am 4. November starb. Die bakteriologische Untersuchung ergab den Verdacht der Pestinfektion. Zu wissenschaftlichen Erhebungen ist Oberanitätsrat Professor Reichelbaum nach Triest entsendet worden. Anderweitige verdächtige Erkrankungen sind in Triest nicht vorgekommen, die erforderlichen Sanitätsmaßnahmen sind getroffen worden.

Brag, 13. November. (O. G.) Gegen die Aufhebung der Sprachverordnungen fanden große Demonstrationen in Neuhaus statt. Die Demonstranten veranstalteten vor der Bezirkshauptmannschaft und vor der Wohnung des Obersten Hans, des Kommandanten der dortigen Garnison, Rayenmusik und schlugen die Fenster in den Häusern der Juden ein.

Paris, 13. November. (O. G.) Die indizierten Arbeiter haben gestern Emile Yola ein Kunstwerk, den „Triumph der Wahrheit“ darstellend, als Anerkennung für den von ihm geführten Beitrag in der Dreyfus-Angelegenheit überreichten lassen.

Paris, 13. November. (O. G.) Ein Abgeordneter der Rechten hat den Kabinettschef benachrichtigt, daß er ihn über die Hausverordnungen in der Redaktion des Blattes „La Croix“ interpellieren werde, um Gewißheit zu erlangen, ob tatsächlich eine Summe von 1 800 000 Fr. zur Unterstützung des Komplotts vorgefunden worden sei.

Paris, 13. November. (W. T. B.) Der Staatsgerichtshof hat die Anträge des Generalsberaters unter Ablehnung der Anträge des Advokaten Devin mit 212 gegen 31 Stimmen angenommen.

Kommunales.

Der Ausschuss, welcher zur Vorberatung des Antrages Singer und Genossen, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, von der Stadtverordneten-Versammlung eingeleitet wurde, hat gestern unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzers Dr. Langerhans in einer Sitzung seine Arbeit beendet.

Der Antrag lautet: Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen: in Gemäßheit des § 105b, Absatz 2, der Gewerbe-Ordnung ein Ortsstatut zu erlassen, durch welches für Berlin

I. die Beschäftigung von Schiffen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen in Fabrik-, Expeditions-, Engros- und Waarengeschäften gänzlich untersagt wird.

II. die Beschäftigung von Schiffen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen in Detailgeschäften und sonstigen Verkaufsstellen auf drei Stunden eingeschränkt wird mit der Maßgabe, daß die Beschäftigung vor- mittags 10 Uhr beendet sein muß.

Zu der Beratung waren eine Anzahl Petitionen teils für teils gegen den Antrag eingegangen. Für die Annahme des Antrages petitionierten mehrere Organisationen der Kaufmannschaft, während sich der Central-Ausschuss hiesiger Kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine, sowie einige andere Unternehmerorganisationen gegen die Annahme des Antrages erklärten. In der zweifelhafte Diskussion erörterte Stadtv. Singer unter Hinweis auf seine Ausführungen im Plenum eingehend den Erlaß des von ihm beantragten Ortsstatuts, beleuchtete die gemachten Einwendungen, die in keinem Punkte als stichhaltig bezeichnet werden können, und empfahl, unter energischer Betonung der Notwendigkeit einer ausgiebigen Sonntagsruhe für die Angestellten, den Antrag in seinem ganzen Umfange anzunehmen.

Der Stadtrat Dr. Weigert als Vertreter des Magistrats, sowie die Stadtv. Jacoby, Peter und Wallach finden die bestehenden Bestimmungen vollkommen ausreichend und fürchten durch eine weitere Beschränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe schwere Schädigung für die Unternehmer, namentlich für die Kleingewerbetreibenden. Die Lage der Angelegten bedürfe — so äußerten diese Redner aus — in Bezug auf die Sonntagsarbeit keines vermehrten Schutzes. Was überhaupt auf diesem Gebiete gefehle, müsse aus dem freien Willen der Unternehmer hervorgehen; Zwang dürfe nicht ausgeübt werden. Die Gründe des Unternehmerverbandes seien durchaus zutreffend und gegenüber der Wahrheitsliebe, daß, entsprechend der dem Reichstage vorliegenden Gewerbe-Ordnungs-Novelle, den Angestellten eine eifständige Nachtruhe und 1 1/2-tägige Mittagspause gewährt werden müsse, sei eine vermehrte Sonntagsruhe vollkommen entbehrlich.

Die Stadtverordneten Rommsen und Illstein stehen dem Antrag nicht ganz so ablehnend gegenüber und empfehlen eine nähere Prüfung der Nummer 1 des Antrages, weil nach ihrer Ansicht bei den dort bezeichneten Geschäften eine Beschäftigung am Sonntag nicht notwendig ist.

Im Laufe der Beratung wurden folgende Anträge gestellt: Stadtv. Singer beantragt folgende Beschlusfassung: Die Versammlung wolle beschließen

Die Beschlusfassung über den Antrag Singer und Genossen auszuweisen und ersucht den Magistrat, eine Enquete über die Notwendigkeit weiterer Einschränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe vorzunehmen und hierbei neben den Interessenten auch die Organisationen der Unternehmer und der Angestellten zu hören.

Stadtv. Rommsen beantragt: Die Versammlung ersucht den Magistrat, eine gutachtliche Äußerung der Ältesten der Kaufmannschaft zu erbitten darüber, ob eventuell für einzelne Branchen des Engros-handels und der Industrie eine weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe durch Ortsstatut herbeigeführt werden kann.

Rachdem Stadtv. Singer gegenüber der Unlust, seinen ursprünglichen Antrag anzunehmen, darauf hingewiesen hatte, daß eine so wichtige, die Wohlfahrt vieler Tausende betreffende Angelegenheit wenigstens doch eine eingehende Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse erheische und der Stadtv. Dr. Langerhans die Vornahme von Erhebungen ebenfalls befürwortet hatte, schritt man zur Abstimmung. Der Antrag Singer wurde mit 8 gegen 4 Stimmen, der Antrag Rommsen mit 11 gegen 1 Stimme, sowie der ursprüngliche Antrag Singer mit 9 gegen 3 Stimmen abgelehnt. Der Ausschuss empfiehlt demnach der Versammlung den Antrag Singer und Genossen abzulehnen. Zum Referenten ist Stadtv. Rommsen ernannt.

lokales.

Im Wahlverein für den zweiten Reichstags-Wahlkreis spricht heute Dienstagabend 8 1/2 Uhr Herr Schütte über den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein. Die Parteigenossen werden zu dieser bei Widel, Hasenheide 52, stattfindenden Versammlung hiermit eingeladen.

Dritter Wahlkreis. Umstandeshalber findet die angemeldete Parteiverammlung nicht Donnerstag, sondern Freitag, den 17. November, in demselben Lokale statt (siehe Anzeige). Der Vertrauensmann.

Die Volks-Bibliothek Alexandrinenstr. 26 erfreut sich fortwährend eines zahlreichen Zuspruchs. In den ersten 14 Tagen — bis vorigen Donnerstag abends 8 Uhr — waren 363 Bücher-leihende eingeschrieben, von denen jedoch die meisten schon mehrmals, einige besonders Lesebegieriger sogar täglich die Bücher umgetauscht haben. Das Legitimierungsgeschäft hat sich mit zwei nicht erheblichen Ausnahmen in jedem Fall ganz glatt vollzogen. In dem einen Ausnahmefall war ein Bewerbschalt-buch mit längeren Rückständen nicht als genügende Legitimation anerkannt worden. Der Betreffende hat sich aber nachträglich überzeugt, daß eine gewisse Garantie des Charakters vorhanden sein muß, und daß ein Arbeiter seine Pflicht gegenüber der Gewerkschaft erfüllen, ist doch wahrhaftig keine un-gerechte oder das Ehrgefühl irgend verletzende Zumutung. Der andere Fall, der auch in Güte erledigt wurde, war noch unbedeutender.

Ist die Benutzung der sehr zweckmäßig und umfassend ausgestatteten Bibliothek eine erfreulich starke, so ist es die der Lesehalle nicht in minderer Maße. Die Zahl der Leser und Leserinnen hat bis jetzt durchschnittlich etwas über 100 den Tag betragen.

Störungen oder Ungehörigkeiten irgend welcher Art sind nicht vorgekommen. In den zweckmäßig und bequem eingerichteten Lesezimmern herrscht eine musterhafte Ruhe und Ordnung, die von dem Eifer und Ernst der Besuchenden zeugt. Kaum eine andere unserer größeren öffentlichen Bibliotheken bietet aber auch einen angenehmeren, weniger einen so angenehmen Aufenthalt, und jedem unserer Genossen, der noch nicht in der öffentlichen Volks-Bibliothek war, empfehlen wir den Besuch dieser Musteranstalt. Er wird seine Freude dran haben.

Die Nachsicht der Polizei gegenüber den Freveleu an der Sonntagsruhe-Verordnung wird von den Möbeltransport-Unternehmern lobend anerkannt. In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung des Vereins Berliner Möbeltransporteure wurde be- richtet, daß, trotzdem der Polizeipräsident die Erlaubnis zur Vor-

nahme von Umzügen am Sonntag, den 1. Oktober, ausdrücklich verweigert hatte, dennoch den ganzen Sonntag bis tief in die Nacht hinein gezogen worden ist, ohne daß von Strafmandaten irgend etwas bekannt geworden wäre. Die Herren Möbeltransport-Unternehmer fügen diesem Bericht den Wunsch hinzu, daß eine derart lokale Handhabung der Vorschriften über die Sonntagsruhe auch für die Folge beobachtet werden möge.

Die vorstehende Äußerung ist ja recht interessant. Der Polizeipräsident hat also die — jedenfalls von den Fahrern nach-gesuchte — Erlaubnis zum Ziehen am Sonntag unter-sagt, es sollte demnach auch am 1. Oktober keine Aus-nahme von den bestehenden Vorschriften über die Sonntags-ruhe gemacht werden. Nun haben aber die Möbeltransporteure, wie sie selber schmunzelnd berichten, sich am Sonntag, den 1. Oktober, gar nicht an die Sonntagsruhe gehalten. Es haben also an diesem Tage zahlreiche Uebertretungen der Polizeiverordnung stattgefunden. Sollten denn die Schulmeister, die doch sonst ein so wachsamcs Auge haben für die geringsten Uebertretungen, welche Droschkentüfcher, Straßenhändler zc. begehen, von den Verstößen, die sich am 1. Oktober die Möbeltransport-Unternehmer zu Schulden kommen ließen, gar nichts bemerkt haben? War kann gewiß manche Entschuldigungs-gründe dafür haben, daß zur Zeit die Sonntagsruhe gestört wird, aber dann soll dies auch von oben her offen anerkannt werden.

Der Schutz der „Arbeitswilligen“ ist ohne Zweifel ein Gegenstand, des Schweißes der Edlen wert; darum wollen, wo alles an der Lösung dieses wichtigen, aber schwierigen Problems arbeitet, auch die — Psefferkuchen-Dichter nicht zurückbleiben. Der Vorschlag, den einer von ihnen gemacht und mit weisem Inter-ess auf braunem Pfefferkuchengrunde niedergeschrieben hat, ist originell, aber „schadlos“. Er lautet:

„Es ist durchaus zu billigen Der Schutz der Arbeitswilligen, Und jeder Freveleu wird, o zittert, Mit Pfefferkuchen totgefittert.“

Die deutsche Kaiserin hat dem Magistrat ein Dankschreiben zugehen lassen und zwar als Erwiderung auf eine der landes-üblichen, im höchsten Stil abgefaßten Geburtdagsgratulationen. In diesem Schreiben kommt folgende Stelle vor:

„Auch auf kirchlichem Gebiete erfahre ich in meinen Arbeiten manngestrichelte liebevolle und thätigkeitsvolle Hilfe seitens der Berliner Bürgergeist und hoffe, daß sich so allmählich die gute kirchliche Ver-örderung der großen Massen anbahnen wird, wenn gleich zu meinem tiefen Schmerze, trotz der vielfachen treuen und opfer-willigen Unterstützung der Berliner Bürger und Frauen und trotz der entgegenkommenden und veredlichen Stellung des Magistrates und der kirchlichen Behörden, die Entwicklung und der Frieden auf kirchlichem Gebiete in den letzten Jahren nicht gefördert, sondern erschwert worden sind.“

Was man auch sonst dem Berliner Leibes nachgehen mag, aber zu religiöser Geschäftigkeit ist er schon aus dem Grunde nicht geneigt, weil er sich über kirchliche Streit-sachen überhaupt nicht anregt. Man muß von den paar Interessenten religiöser Heudulstums natürlich ableben. Es wird nunmehr vielfach die Frage erwogen, ob es möglich sei, die Kirche noch mehr als es jetzt schon ihrem Frieden und ihrer Entwicklung zu überlassen; man hält dies aber nur in dem Falle für möglich, daß politische und kirchliche Gemeinde je-gliche Verbindung miteinander lösen.

Was die großen Massen anbelangt, so sind sie bekanntlich immer noch in der vom Standpunkt der modernen Kirche als des modernen Staates aus gewiß bedauerlichen Meinung befangen, daß es nach wie vor viel mehr auf ihr irdisches als auf ihr himmlisches Wohlergehen ankomme.

Das in Kirchen, im königlichen Schloß und in sonstigen der Erhaltung der Religion dienenden Gebäuden Sabbath-schändungen nach Noten begangen worden sind, ist eine allbekannte Sache. Zu den Instituten, wo der Feiertag auf die ortsbliche Weise eingehalten worden ist, gestellt sich jetzt auch das königl. Kammergericht. Dort haben nämlich bei den Renovierungen vorgesehrt sowohl wie an mehreren vorhergegangenen Sonntagen die Ma-ler bis in den Nachmittag hinein arbeiten müssen. Angesichts solcher den Wert der modernen Feiertagsfeier genügen illustrierenden Vorgänge macht sich das Verlangen nach noch mehr Kirchen und nach stärkerem strafrechtlichen Schutz der Religion wirk-lich reizend!

Etwas von der Behandlung der Straßenbahn-Angestellten. Der Verkehrs-Inspektor Baurm vom Bahnhof in der Rührberger-straße vertrat kürzlich seinen Kollegen auf dem Bahnhof in Moabit. Während dieser Zeit ließ er die Wagenführer und Schaffner des Bahnhofs Rührbergerstraße an ihren dienstfreien Tagen morgens um 7 Uhr zur Inspektion nach dem Bahnhof Moabit kommen. Wie sehr die ohnehin knapp bemessene dienstfreie Zeit der Angestellten dadurch gekürzt wird, erhellt aus dem Umfange, daß die hier in Frage kommenden Führer und Schaffner erst morgens zwischen 1 und 2 Uhr ihren Dienst beendeten und zwischen 12 und 1 Uhr mittags wieder antreten mußten. Bedenkt man, daß die Inspektion 1—1 1/2 Stunde währt, der Hin- und Rückweg von der Rührberger-straße nach Moabit etwa 2 Stunden in Anspruch nimmt, so bleibt von der dienstfreien Zeit nicht mehr so viel übrig, daß sie als eine Ruhepause angesehen werden könnte.

Gegen das Musizieren der Jugendwehr bei privaten Lust-bällen hat der Verein Berliner Musiker eine Eingabe an das Kriegsministerium gerichtet. Er beschwert sich darin über den Wett-bewerb der Jugendwehrrapelle, die, ohne irgend welche Steuern dafür zu entrichten, Musikaufführungen gegen Entgelt, namentlich in den Ortschaften der Umgebung, veranstaltet und weniger ihrer Leistungen als ihrer billigen Preise und ihrer Uniformierung wegen in vielen Fällen Civilberufsmusikern vorgezogen wird.

Auf offener Straße verjagte sich am Sonnabend ein Student der technischen Hochschule Lucien F., ein Russe, zu erlösen. Abends besuchte er mehrere Wirtschaften und gab seine ganze Wertschaft aus. Um 10 1/2 Uhr jagte er sich auf dem Droschken-Platz am Bahnhof Friedrichstraße eine Revolverkugel in den Kopf und brach schwer-verletzt zusammen.

Einer Kochgasvergiftung zum Opfer gefallen ist die Witwe Adelheid Fischer aus der Mödenstr. 120a. Die Frau hatte an zwei Herren vermietet. Diese schliefen am Sonntag sehr lange und kamen erst Nachmittag dazu, sich nach ihrem Kaffee umzusehen. Nun fanden sie ihre Wittin in der Küche tot in ihrem Bette liegen. Frau Fischer hatte am Abend vorher, wie die Ortsbehörde ergab, ihre Kleidungsstücke auf die Kochgasmaschine gelegt, auf der ein Gaslocher steht. Die Kleider waren nun auf den Gummischlauch, der den Kocher mit der Gasleitung verbindet, gerutscht, und der Schlauch war unter dem Druck dieser Last herabgefallen. So strömte das Gas in großer Menge aus und füllte die ganze Küche. Frau Fischer erstickte im Schlafe.

Dementi. In der von uns angezeigten Notiz eines hiesigen Sensationsblattes wird offiziös berichtet: „Die Nachricht, daß von der obersten Postbehörde aus Anlaß der nach begangener Unter-schlagung ausgeführten Flucht des Gelbbriefträgers Schwarz der Dienst der Gelbbriefträger bis zum Abend verlängert sei, entbehrt, wie die ganze Argumentation der betreffenden Zeitungsn-otiz, jeder tatsächlichen Grundlage. Weder die oberste Postbehörde noch die Oberpostdirektion hat in dem betreffenden Dienstzettel irgend welche Änderung getroffen, geschweige denn die Unterschlagung des genannten Briefträgers zur Veranlassung genommen, den Dienst der Beamten zu erschweren.“

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem elektrischen Straßenbahnwagen der Linie Schönhauser Allee-Rixdorf und einem

mit Eisenstienen beladenen Privatfahrzeug ereignete sich gestern früh 9 Uhr am Kottbusser Damm, gegenüber der Schinkelstraße. Der Lastwagen stürzte auf die Kottbusser Brücke los und hielt sich un-vorschriftsmäßig auf dem linken Fahrbanne. Als er dann die rechte Seite des Fahrbannes zu gewinnen suchte, karambolierte er auf den Schienen mit dem ihm entgegenkommenden elektrischen Wagen Nr. 1515. Der Anprall geschah unter gewaltigem Krachen. Die Ketten der Pferde zerrissen, und während das eine Tier noch recht-zzeitig zur Seite springen konnte, wurde das andere von dem elektris-chen Wagen zur Erde geworfen. Zugleich drang die Deichsel durch den Vorderperron des Straßenbahnwagens, glücklicherweise ohne dessen Führer zu treffen. Da zufällig auch keine Fahrgäste auf dem Vorderperron standen, der total eingedrückt wurde, so blieb es bei dieser Materialbeschädigung.

Die Trabrennen in Weisensee werden nach dem Berliner Tageblatt in nächsten Jahre an den Sonntagen nicht mehr ge-stattet werden. Die Behörde, welche dem Treiben auf der Trabrennbahn im Osten Berlins an Sonntagen ein Ziel setzt, erfüllt dadurch inwieweit eine Pflicht der Gerechtigkeit, als der Totalfaktor, der doch den Lebensnerv der Weisenseeer Sonntage ausmachte, auf den übrigen Berliner Rennbahnen nur an Wochentagen gestattet wird.

Ungeblig und Furcht vor dem auf gestern „auberantem“ Weltuntergang hat sich das etwas schwachsinnige Dienstmädchen Anna Kubitzkiel aus der Köpckestraße am Sonnabendabend die Pulsadern durchschnitten. Sie wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Ein internationaler Taschendieb ist am Sonnabendnachmittag von der Berliner Kriminalpolizei festgenommen worden. Anfangs voriger Woche wurde die hiesige Polizei von Amsterdam aus um Festnahme eines berüchtigten Taschendiebes ersucht, dessen Spur nach Berlin führte. Obwohl sämtliche Bahnhöfe genau observiert wurden, gelang es doch nicht, des Gauners bei seiner Ankunft habhaft zu werden. Am Sonnabendnachmittag bemerkte ein Kriminalbeamter auf einem elektrischen Straßenbahnwagen der Linie Alexanderplatz-Schöneberg, wie am Dönhofsplatz ein elegant gekleideter Herr auf-sprang, dessen Ausrüstung eine auffallende Ähnlichkeit mit dem Signalement des Taschendiebes aufwies. Schon an der Ecke der Charlottenstraße verließ der fremde Herr den Wagen wieder, und der Kriminalbeamte, der bisher nichts Verdächtigtes hatte bemerken können, hat zwei Damen, zwischen denen der Fremde gesessen hatte, in seiner Eigenschaft als Beamter um Anstand, ob sie keine Wert-gegenstände vermissten. Nun stellte sich heraus, daß in der That den beiden Damen ihre Portemonnaies mit 20 bzw. 85 M. Inhalt ent-wendet waren. Der Beamte machte sich sofort an die Verfolgung des Spübhunden und sah noch gerade, wie jener einen in entgegen-gesetzter Richtung fahrenden Wagen bestieg. Er lief hinterher und erreichte das Gefährt in dem Augenblick, als der Fremde im Begriff war, am Dönhofsplatz wieder abzurpringen. Rasch entschlossen be-mächtigte er sich des Spübhunden, und nun ergab sich, daß einer dritten Dame ebenfalls ein Portemonnaie mit 50 M. Inhalt ge-stohlen war. Die drei Geldbehalter wurden noch im Besitze des Gauners vorgefunden und konnten ihren Eigentümerinnen wieder zugeestellt werden. Auf dem Polizeipräsidium erwies sich, daß der Taschendieb auch in anderen Städten des In- und Auslandes erfolg-reich „gearbeitet“ hat, und er wird nach Abbüßung seiner ihn hier erwartenden Strafe eine Rundreise nach zahlreichen anderen Ge-richtshöfen anzutreten haben.

Vor drei Wochen verschwand die 15jährige Tochter Therese des Schuhmachereisters Th. aus Köln. Alle Nachforschungen nach dem höchsten und für sein Alter ungemein entwickelten Mädchen blieben erfolglos. Am Sonnabend wurde von der Rixdorfer Kriminal-polizei ein Mädchen verhaftet. Auf der Wache stellte sich heraus, daß das Mädchen die vermißte Therese Th., ihr Begleiter ein zugleich mit ihr aus Köln verschwandener 18jähriger Arbeiter R. war. Bei dem Verhör gab das Mädchen zu Protokoll, daß ihr „Liebhaber“ sie zu einem unsittlichen Lebenswandel angehalten habe, und daß sie ihn habe „ausgehalten“ müssen. Der Verurtheilte wurde in Haft ge-nommen.

Der Goldfund auf dem Jerusalemer Kirchhofe beschäftigt die Kriminalpolizei noch unangehört. Wenn auch der ursprüngliche Verdacht, daß der Kirchhofarbeiter Vollmann eine größere Summe als die ihm wieder abgenommenen 4000 M. gefunden haben könne, vollständig fallen gelassen ist, so steht doch unumstößlich fest, daß der Kassenhofe Leidsdorf das aufgefundenen Geld auf den Friedhofe vergraben hatte. Der in unserer Sonntagsnummer erwähnte Brief an den Disponenten des „Elyss“ rührt thatsächlich von Leidsdorf her, wie die Schriftvergleichung sowie das Gutachten des Vorstandes der benachteiligten Gesellschaft darthun. Letzterer stellt übrigens dem Defraudanten ein gutes Zeugnis aus.

Vergiftet hat sich die 67 Jahre alte Frau Rotalie des Rentiers Herrmann aus der Frankfurter Allee 17. Die alte Frau hatte seit vierzehn Jahren ein schweres Fußleiden, das ihr große Schmerzen verursachte. Da keine Aussicht auf Heilung oder auch nur Besserung vorhanden war, so wurde sie schwermütig. Gestern, Montagmorgen fand ihr 69 Jahre alter Gatte sie tot im Bette liegen. Die Unglückliche hatte in der Nacht essigsäures Kali genommen. Ein Rest der giftigen Flüssigkeit befand sich noch in einer Flasche, die auf dem Tische stand.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Schlächterwagen und einem elektrischen Straßenbahnwagen der Linie Kreuzberg-Gesundbrunnen verursachte vorgestern nachmittag um 12 1/2 Uhr eine große Verleser-schädigung an der Ecke des Alexanderplatzes und der Landwehrerstraße. Die Feuerwehre mußte den Straßenbahnwagen hochwinden, um das mit den Vorderbeinen unter der vorderen Plattform liegende Pferd zu befreien. Ein Gefesse war eine halbe Stunde lang gesperrt. Das Pferd war nur gering verletzt.

Von Herrn Karl Wald, Chefredacteur und Vorsitzender des Vereins „Neue Menschheit“, Schöneberg, Roderstr. 16, erhalten wir die Mitteilung, daß er nicht mit dem wegen Beschleßfälschung ver-hafteten antisemitischen Redacteur Alexander Wald identisch ist. Auch teilt Herr Karl Wald uns mit, daß er gegen die „Staatsb. Ztg.“ Strafantrag stelle, weil dies Blatt ihn und nicht den antisemitischen Redner als den Verhafteten bezeichnet habe.

Das American-Theater ist in der nächsten Nachbarschaft seines alten Plazes, im Hause Dresdenstr. 90, wieder aufgemacht worden. Aber Welch ein Wandel hat sich vollzogen! Ehrlich gesprochen, ist in dem neuen Theater gar nichts vorhanden, was an das alte Haus erinnern könnte. Zu Anfang unseres Jahrzehnts fand das American-Theater noch seine unbedruckte Existenzberechtigung darin, daß es unter Oskar Wagners forischer Weisheit das Declamatorium hegte und pflegte. Es war Selbstständigkeit und Originalität im Hause. In der alten, verträumten Bude paßten Künstler und Publikum wie nur je zu einander und jeder Kalauer, den der „Urkommische“ losließ, war im verständnisvollen „An“ seines Ados sicher.

Das neue American-Theater will ein modernes Specialitäten-theater sein, und man muß sagen, daß es sich als Variété-Bühne zweiten Ranges vollauf behaupten wird. Nachdem der Besucher eindringlicher als dies in solchen Theatern ersten Ranges zu ge-schehen pflegt, daran gemacht worden ist, daß er außer dem Ein-trittsgeld noch 25 Pf. für Garderobe zu bezahlen hat, tritt er in einen länglichen modern ausgestatteten Saal, in dessen Mitte sich wunder-lich aufgebaut die Bühne befindet. Die hinter der Bühne liegende zweite Hälfte des langen Raumes ist ebenfalls von statlicher Größe und dient ausschließlich zu Restaurationszwecken.

Die Bühne steht — wohl der maranteste Gegensatz zu früher — unter der Leitung eines Wiener. Herr Direktor Schönbach tritt selber mit auf und giebt namentlich im Liede vom Fialer zu er-sinnen, daß er in seiner uns Norddeutsche allerdings immer fremd-artig anmutenden Vortragskunst ganz Vorzügliches leisten kann.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 14. November.

Oberhaus. Margarethe. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Wie die Alten lungen. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Opern-Theater (Kroll). Gulasch Adorf. Beispiel. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Kollege Crampton. Anfang 7 1/2 Uhr.

Leistung. Was ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Die Herren Söhne. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller. Die Jungfrau von Orléans. Anfang 8 Uhr.

Neues. Ein unbeschriebenes Blatt. Anfang 7 1/2 Uhr.

Welken. Der Hahnenhändler. Anfang 7 1/2 Uhr.

Thalia. Der Plagiatmajor. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reitbahn. Jagdszenen. Vorder: Familien-Souper. Hof. 7 1/2 Uhr.

Luise. Rolly Carré. Anfang 8 Uhr.

Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Welt. Frau Jäger auf Deströt. Anfang 8 Uhr.

Friedrich. Wilhelmshändel. Ein gesunder Junge. Anfang 8 Uhr.

Victoria. Die Chansonnette. Anfang 8 Uhr.

Velle. Alliance. Gastspiel des Schiller-Theaters. Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol. Spezialitäten. Vorstellung. Anfang um 8 Uhr.

Apollo. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Palast. Susanne im Bade. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 8 Uhr.

Vasja. Bonapartismus. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

Laudenstr. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater).

Dienstag, abends 8 Uhr: Die Jungfrau von Orléans. Vorgabe in 1. Vorspiel und 5 Akten von Friedrich Schiller.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Jungfrau von Orléans.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Richter von Zalamea.

Central-Theater

Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonntag: Nachmittag 3 Uhr zu halben Preisen: Die Fiedermus von Johann Strauß.

Thalia-Theater.

Der Plagiatmajor. Thomas, Thiescher, Helmerdtag, Junkermann. Im 2. Akt: **Gr. Matrotop - Terzett.** Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Carl Weiss-Theater

Frau Jäger auf Deströt. Schauspiel in 5 Akten von O. Jöben. Anfang 8 Uhr. Im Tunnel v. 7 Uhr an Frei-Konzert.

Apollo-Theater.

Frau Luna mit dem Luftballon „Origoletta“ und Fr. Will Walsen a. G. Ferner: **Dressierte Fische** von Prof. Bonetti vorgeführt. **Robert Steidl.** • **Barras.** **Alle Rosalba.** **Eva Haller.** **The Gothams.** **Franklin,** der Koamograf. Anfang 7 1/2 Uhr. Vorverkauf täglich im Theater, beim „Kasselerdank“, Unter den Linden 69, und beim „Invalidendank“, Unter den Linden 24 I.

CASTANS PANOPTICUM

Heute letztes Auftreten der heulenden u. tanzenden **Derwische.** **Neu!! Gruppe bewaffneter Boeren** mit Präsident Krüger und General Jobert.

American-Theater.

„Berlin ulkt!“ und das sensation. Zueckfallstücken-Programm. 12 erstklassige Debuts. Konzertanfang 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Maehrs Theater

Grüne Jung. Anfangspöhe in 1 Akt von E. H. Eugen Rosso, Mitter Elsa Messer (prologiert). Franziska Hald. Gertrud Bürger. Freitag: Familienabend. Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Vorzugsforten an Wochentagen gültig.

Sanssouci

Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr. Donnerstag und Sonntag nach der Solire: **Tanz.** Hoffmann mit'n Leerkasten.

Metropol-Theater.

Unstreitig das beste und anlässlichste November-Programm Berlins. Uebereiz. Schmeizerei. Kunst und Grazie vereinigen sich in **Madem. Miette** der reizenden Pariser Straßenfängerin. **Carmen Roccas** der besten spanischen Tänzerin. **Humor, Eleganz, Schnelligkeit in Georg Kaiser** dem besten Berliner Salazarhumoristen. **Gewandtheit, Kunstfertigkeit, Fröhlichkeit in der Familie Klein** den kleinen und besten Hofjüngern der Welt. **Gracht, Schönheit, Klasse in den Tartakoffs** den besten russischen Nationalfängern und Tänzern. **Beweglichkeit, Rührigkeit, Sicherheit in den Zalva Trio** den Meistern des Trapezfalls. **Drolligkeit, Niedlichkeit, Hoflichkeit in Cabarets** dreifachen Miniaturliebenden. **Chic, Planteur, Eleganz in Mary Wolf** der reizenden deutschen Sourette. **Rund um Berlin!** Berliner Revue in 2 Akten. Anfang: Wochentags 8 Uhr, an Sonn- und Festtagen 7 1/2 Uhr. Vorverkauf: Invalidendank und Kästlerdank. Telefon Amt I 2126. Jeden Sonntag: Nachmittag 3 Uhr: Promenaden. Spezialitäten. Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater).

Dienstag, abends 8 Uhr: Die Jungfrau von Orléans. Vorgabe in 1. Vorspiel und 5 Akten von Friedrich Schiller.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Jungfrau von Orléans.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Richter von Zalamea.

Central-Theater

Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonntag: Nachmittag 3 Uhr zu halben Preisen: Die Fiedermus von Johann Strauß.

Thalia-Theater.

Der Plagiatmajor. Thomas, Thiescher, Helmerdtag, Junkermann. Im 2. Akt: **Gr. Matrotop - Terzett.** Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Carl Weiss-Theater

Frau Jäger auf Deströt. Schauspiel in 5 Akten von O. Jöben. Anfang 8 Uhr. Im Tunnel v. 7 Uhr an Frei-Konzert.

Apollo-Theater.

Frau Luna mit dem Luftballon „Origoletta“ und Fr. Will Walsen a. G. Ferner: **Dressierte Fische** von Prof. Bonetti vorgeführt. **Robert Steidl.** • **Barras.** **Alle Rosalba.** **Eva Haller.** **The Gothams.** **Franklin,** der Koamograf. Anfang 7 1/2 Uhr. Vorverkauf täglich im Theater, beim „Kasselerdank“, Unter den Linden 69, und beim „Invalidendank“, Unter den Linden 24 I.

CASTANS PANOPTICUM

Heute letztes Auftreten der heulenden u. tanzenden **Derwische.** **Neu!! Gruppe bewaffneter Boeren** mit Präsident Krüger und General Jobert.

Urania

Taubenstrasse 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: „Der Sieg des Menschen über die Natur.“ Hörsaal: Dr. Nass: Die Kohle. Invalidenstr. 57/62: Tägtl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Theater.

Neu! Anatomisch. Museum. Dienstag für Damen. **Passage-Theater:** Vorf. v. 7-10 1/2, 15 erstklassige Debuts.

Reichshallen.

Stettiner Sänger. Zum Schluss: **Stüdes Pfingstfahrt.** Burleske u. Revue. Anf. präc. 8 Uhr.

W. Noacks Theater,

Der Hüttenbesitzer Schauspiel in 5 Akten v. Erich Neef. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Möbel-Stoffe!!

30048* auch Reste! alle Qualitäten auf-fallend billig. **Goldegenheitskauf! Kocquet-Pilse, 130 Ctm. breit, p. Wtr. 5 M. 35 Pf.** **Nutter b. näherer Angabe franco.** **Berlin 8.,** **Emil Lafèvre, Craniestr. 158.**

Cirkus Busch.

Grande Soirée Equestre. **Die Camorra.** **Original-Pantomime des Cirkus Busch.** **Der Einbruch der italienischen Diligence mit der 30 Fuß hohen Brücke.** **Der Sturz ins Wasser von der 100 Fuß hohen Gelsenklippe.** **Die Seelöwen,** Wunderdarsteller des Amerikaners **Cap. Webb.** **Fr. Martha Hohne als Schrittrierin.** **Original-Resurren des Direktors Busch.** **Der Sturz ins Wasser von der 100 Fuß hohen Gelsenklippe.** **Die Seelöwen,** Wunderdarsteller des Amerikaners **Cap. Webb.** **Fr. Martha Hohne als Schrittrierin.** **Original-Resurren des Direktors Busch.**

M. & W. Müllers Nordlicht-Magenwein

M. & W. Müllers Nordlicht-Magenwein ist feiner als Benedictiner; befördert die Verdauung; macht aus jedem Griesgram einen fröhlichen Menschen; kostet pro Original-Nordlicht-I Mk. 25 Pfg. **Edelweiss: M. & W. Müllers Nordlicht, besser als Cognac, nur echt in unseren Original-Flaschen, a 1 Mk.** **Prämiiert mit Ehrenausgaben und goldenen Medaillen.** **Zu haben in Dekantations-, Delikatess- und Kolonial-Geschäften.** **M. & W. Müller, Nordhäuser Kornbranntwein-Brennerei Berlin, Waldemarstrasse 29.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Morgen Mittwochabend 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Beuthstr. 20-21: Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen. Tagesordnung: 1. Lohn- und Recordarbeit. 2. Ginfeger-Tariffrage. 3. Werkstoffprets und Differenzen. 4. Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Mittwoch, den 15. Novemb., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Graumann, Nauynstr. 27: Vertrauensmänner-Versammlung für den Süden. **Mittwoch, den 15. November, abends 8 Uhr, Versammlung der Klempner** im Souisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Wehl. 2. Diskussion. 3. Bericht und Rem-wahl des Branchenvorstandes. 4. Verschiedenes. **Zu dieser Versammlung werden die Kollegen von Musik und Kunst ganz besonders eingeladen.**

Former und Gießerei-Arbeiter.

Sonnabend, den 25. November in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57 Winter-Vergnügen. Anfang 8 Uhr. Entree für Herren 50 Pf., für Damen 25 Pf. 117/8 Die Ortsverwaltung.

Verband aller im Handels- u. Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter

Bureau und Arbeitsnachweis: Kommandantenstr. 25 I, an der Alten Jakobstraße. Telephon: Amt IV No. 3973. **Dienstag, den 14. November, abends 8 Uhr, in den Arminhallen (großer Saal), Kommandantenstraße 20: Große Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Rechtsanwalts **Liebknecht** über: Das Mietrecht nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. 2. Diskussion. 3. Mitteilungen und Geschäftliches. 67/15 **Häufiger Besuch erwartet Der Vorstand.**

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Central-Franken- u. Sterbekasse der Zimmerer (Oertliche Verwaltung Berlin). **Mittwoch, 15. November, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20: Mitglieder-Versammlung** Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom III. Quartal 1899. 2. Vortrag des Herrn Dr. Ratkowsky über: Stollmochel und Wandlung. 3. Innere Angelegenheiten. - Mitgliedsbuch revidiert. **Der Vorstand.**

Achtung! Maler. Achtung!

Mittwoch, 15. November, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Kombinierte Versammlung sämtl. Zifal, Berlins u. Rixdorf's Tages-Ordnung: 1. Paritätischer Nachweis oder Gewerkschaftsnachweis. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. **Wegen der Wichtigkeit des ersten Punktes werden die Kollegen zum Erscheinen dringend aufgefordert.** **Der Obmann: W. Berndt.**

Achtung, Rabbizpucker!

Mittwoch, den 15. November, abends 8 Uhr, Alte Jakobstr. 73: Öffentliche Versammlung der Rabbizpucker Berlins und Umgegend. Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. **Der Vertrauensmann.**

Marmor- u. Granitarbeiter Berlins.

Mittwoch, den 15. November, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27 c: Öffentliche Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vierteljahres-Abrechnung und Abrechnung von der Lohnbewegung. 2. Welche Tarif schlagen wir in Zukunft ein. 3. Verschiedenes. **Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vertrauensmann.**

Achtung! Pucker! Achtung!

Mittwoch, 15. Novbr., abends 8 Uhr: Öffentliche Versammlung der Pucker Berlins und der Vororte. Tages-Ordnung: 1. Das Verhalten der Kollegen nach dem Streik. 2. Wahl der Delegierten zur Konferenz der Maurer der Provinz Brandenburg. 3. Wahl der Revisoren zur Streikabrechnung. **Der Vertrauensmann.**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Mitglieder-Versammlung **Mittwoch, 15. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11.** Tages-Ordnung: 1. Rechnungslegung vom III. Quartal. 2. Beschlußfassung über die neue Geschäftsordnung des Arbeitsnachweises. 3. Innere Angelegenheiten der Zahlstelle. **Der Bevollmächtigte.**

5 1/2 Pfd. Brot 50 Pfg.

H. Albrecht's Bäckerei **Wrangelestr. 9, Krautstr. 19** **Falkensteinstr. 28, Kaulherstr. 2** **Photographisches Atelier.** **Adalbertstr. 67 (Gehaus an der Wasserbrücke). Mit 13 Stk. und 1 Postkarte mit eigener Photographie 3 M., 7 Kabinett mit Postkarte 6 M. Vereinsaufnahmen ohne Anzeigung 50 x 60 a Bild 2 M. 75 Pf. (30233) 8006** **außergewöhnlich billig im Engros-Lager** **Prenzlauerstraße 20, 2 Tr.** **Saal empfehle den Parteigenossen für Versammlungen, Gesellschaften und Vereine.** **A. Busekow, Krautstr. 6, Telephon VII 3555.**

Centralverband der Zimmerer
Zastelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß
der Mitglied, der Zimmerer
Friedrich Schulz,
nach einem längeren Krankheitslager am
Freitag, den 10. d. M., verstorben ist.
Die Beerdigung findet Diensttag-
nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle
des Westmann-Kirchhofes in Nieder-
Schönhausen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
255/11 Der Vorstand.

Beerdigungs-Verein
Berliner Zimmerleute.
Am 10. d. M. verstarb nach längerem,
schwerem Krankheitslager unser Kamerad,
der Zimmerer 816b

Friedrich Schulz
im besten Mannesalter von 51 Jahren.
Die Beerdigung findet Dienstag-
nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle
des Westmann-Kirchhofes in Nieder-
Schönhausen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

50 M. Belohnung.
Ein Lehrling verlor von seinem
Fahrrad am Sonnabend, den 11. d. M.,
nachmittags 3 Uhr, in der Bornbor-
straße einen Beutel mit 472,74 M.,
verpackt in 18 offenen Päckchen.
Dieser Beutel ist fast sogleich von
einem jungen Mann, welcher mit
einem Handwagen der Gerickestraße-
werke die Bornborstraße entlang-
fuhr, aufgehoben und mitgenommen.
Derselbe wird erlucht, den Fund gegen
obige Belohnung sogleich bei **W.
Rietzsch & Co., Fruchtstr. 5 II.**
abzugeben. Obige Belohnung erhält
auch derjenige, durch den der Finder
ermittelt und das Geld, wenn auch
nicht mehr ganz vollständig, herbei-
geschafft wird. 813b

Blumenhandlung
und Kranzbinderi von 26322*
Otto Knabe
19a Admiral-Strasse 19a
empfiehlt Bildungsstränge, Strauße,
Korallen, Topfgemache aller Art.

Kranzbinderi u. Blumen-
handlung von 24742*
Robert Meyer,
No. 2. Mariannenstr. No. 2.
Bildungsstränge, Guirlanden, Ball-
sträußen, Bouquets u. werden sehr
geschmackvoll und preiswert geliefert

Wer Geld
will sparen. Durch Einkauf von
großen Posten auf Auktionen und
von Konturmassen verkaufe ich
hochlegante Winter Paletots
von 9 M. 50 Pf. an
Hohenjollern- und Pelermant-
mäntel von 5 M. 25 Pf. an
Kaiser-Mäntel und Joppen von
6 M. 75 Pf. an
hochfeine Jack- und Jackett-
Mäntel von 12 M. 50 Pf. an.
Leber- und Arbeitschößen von 2 M.
25 Pf. an.
Wurden u. Knaben-Paletots,
Knaben- und Burden-Anzüge,
Herren-Jacketts, Westen und
Hüde in allen Größen, Hüte,
Schirme, Stöcke, Wäpche, Gar-
dinen, Tischdecken, Portieren,
Leppiche, Stiefel, Koffer, Opera-
gläser, Kessel, Revolver,
Leidings, Harmonikas, Geigen,
Sitarer, Regulatoren, Uhren,
Ketten, Ringe, Kofferten, Geld-
schränke usw. 29022*

zu spottbilligen Preisen
Gustav Lucke,
Gelegenheitsläufe,
Berlin, 131 Oranienstr. 131.

Kakao-Frühstück
Gemüco- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze
stets vorrätig bei **Wilhelm Germer, N., Hussenstrasse 29.**

MAGGI
Bahnärztliche Poliklinik für
unbewittelte.
Sprechstunde von 8^{1/2} - 9^{1/2} und 12^{1/2} - 1^{1/2} Uhr.
Chelina, Elisabethstraße 24.
30349*

Café-Lokal G. Günther,
Ritterstr. 54. Ecke Alte Jakobstraße.
Kaffee 10, 15; Thee, Milch, Chocolate etc., Wein u. Bier. Warme
Speisen zu jeder Tageszeit. Billard-Stunde 40 Pf., große Zeitung-Auswahl.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-
ziehen! M. Plomben 1,50 M. Teilw. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt **Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.**

Sächsische Strumpf-Fabrik
Niederlage.
Verkaufsstelle Rixdorf:
Georg Jonas, Bergstr. 49. Auf Wunsch
Profilisten.

Orts-Krankenkasse
der
Steindruck- u. Lithographen
zu Berlin.
Am Dienstag, den 21. November
1899, abends 8^{1/2} Uhr, findet im
Vereinslokal, Sophienstr. 15, die
Zweite ordentliche
General-Versammlung
pro 1899

statt. Sämtliche Herren Vertreter der
Arbeitgeber und der Kassamitglieder
werden hierzu ergebenst eingeladen.
Tages-Ordnung:
1. Wahl des Ausschusses zur Prüfung
der Jahresrechnung. 2. a) Renou-
vel des Vorstandes (§ 33 des Statuts)
aus der Zahl der Vertreter der Ver-
sicherten; b) Renouvel des Vorstandes
(§ 33 des Statuts) aus der Zahl der
Vertreter der Arbeitgeber; c) Renou-
vel von 3 Vorstandsmitgliedern nach
§ 40 des Statuts; d) Erwahl für
den Vorstand (§ 39). 3. Verord-
nung über den Beitritt der Kasse zu
einem Verbande. 4. Antrag auf Ab-
änderungen der Verwaltungsverord-
nung für erkrankte Mitglieder. 5. Ver-
schiedenes. 820b

Der Vorstand.
J. A.: W. Stuhmann, Vorsitzender,
Oberbergstr. 37.

Ordentl. Generalversammlung
der
Vertreter der
Arbeitgeber u. Arbeitnehmer
der
Orts-Krankenkasse
der
Maschinenbau-Arbeiter
u. verw. Gewerbe zu Berlin
am
Donnerstag, den 23. November,
abends 8 Uhr,
im
Nümannschen Lokal, Brunnenstr. 189.

Tagesordnung:
1. Wahl von drei Revisoren zur
Prüfung der Jahresrechnung pro 1899.
2. Antrag des Vorstandes auf
Niederlegung des von dem früheren
Revidenten Schelling unterschriebenen
Berichts.
3. Verschiedenes.
Nach Schluß dieser Generalver-
sammlung findet in demselben Lo-
kale und in getrennter Wahlversam-
mlung eine General-Versammlung
der Vertreter der arbeitgebenden
und arbeitnehmenden Mitglieder
bestimmte Formate der Wahlen von
Vorstandsmitgliedern statt (1 Arbeits-
geber und 2 Arbeitnehmer).

Anfragen und Beschwerden, zu
welchen die Einsicht in die Kassen-
bücher notwendig ist, müssen bis zum
19. d. M. mündlich oder schriftlich be-
hufs Beantwortung derselben in der
General-Versammlung dem Vorstande
mitgeteilt werden.
Zahlreiches u. pünktliches Erscheinen
der Herren Vertreter ist sehr erwünscht.
Das Mandat legitimiert.
Berlin, 14. November 1899.
Der Vorstand. 825/3
Hans Zeyssig. C. Guthelt.

Natur-Heilverfahren.
Gaut, Darm- und Blasenleiden,
ebenso Frauen-Krankheiten,
ohne Berufshörung. 30592*
H. Wagner, Wallstr. 23.
Sprechst. 9-2, 5-9; Sonnt. 9-2

H. Grupes Tanz-Institut.
Annenstr. 16 (früher Knabenstr.).
Sonnabend-Kursus pro Monat 3 M.,
Dienstabend-Kursus pro Monat 4 M.,
Säße und Vereinszimmer für Ver-
sammlungen u. Gesellschaften. 29720*

Fritz Linke, Zimmerstr. 33.
Ecke Marienplatz.
St. Frischluft, Mittag- u. Abend-
tisch. Französisches Billard. Jeden
Diensttag: Frische Blut-, Leber- und
Grüdwurk. 26111*

Eine Weihnachtsgabe für unsere Leser!
bieten wir mit den

Porträts von Marx und Engels

Zwei Kunstblätter in Kupfer-Radierung auf chinesischem Papier.
Plattengröße: 39 x 52 cm. Kartongröße 85 x 65 cm.

Diese Blätter von einem der ersten Berliner Radierkünstler ausgeführt, würden im Kunsthandel pro Blatt
nicht unter 15-20 M. geliefert werden; um nun auch den Arbeitern zu ermöglichen, ihr Heim mit wirklich künst-
lerischen Bildern zu schmücken, liefern wir unseren Abonnenten bis Weihnachten diese

Kunstblätter zu einem Vorzugspreise.

Jeder Abonnent erhält auf Bestellung von uns die beiden Kupfer-Radierungen von Marx und Engels im
Werte von mindestens 30-40 M.

zu dem Vorzugspreise von 5 M. für beide.

Wir hoffen, unsere Abonnenten werden unser Bemühen, ihnen solche
Kunstblätter zu diesem ungemein billigen Preise
zu liefern, durch zahlreiche Bestellungen lohnen und nicht zögern, ihr Heim mit diesem Weihnachts-
geschenk für den klassenbewussten Proletarier zu schmücken.

Zugleich haben wir auch
Geschmackvolle Rahmen mit Prima-Glas
zum Preise von 5,50 M., 7,50 M., 9 M. und 11 M. pro Stück

anfertigen lassen, die in unserer Expedition, Beuthstr. 3, zur Ansicht ausliegen.

Bestellungen bitten wir an die **Buchhandlung Vorwärts, Beuthstr. 2, im**
Hofe rechts, aufzugeben.

Hochachtungsvoll **Verlag des „Vorwärts“.**

Busstag:
Grosses Schlachtfest.
Frische Blut- und Leberwurst,
wozu ergebenst einladet 6789*
Heinrich Süss,
Alt-Glinde, Grünauerstraße 19.

Fort mit den Warzen!
Mein Warzenmittel heilt nicht u. schmerzt
nicht, nicht aber wunderbar, wie aus solchem
der Kratzenaus zu sehen ist. In jedem
p. o. Stück 50 Pf., Porto 10 Pf. von
Paul Koch, Neuenrade Nr. 41 1/2, I. B.
Postfach 1000 in Teufelsdröck.

Verleiher über Kratzenaus gratis und kosten-
frei willige Kostenträger.
Gladbach, Nr. 9, 1899.
Berliner Herr Paul Koch!
Ich danke Ihnen recht schön für Ihren
wunderbaren Warzenmittel. Ich habe eine Warze
21 Jahre gehabt und endlich ist die Warze weg-
gegangen! Ich bin Ihnen sehr dankbar.
Königsplatz Dom. Döllingstr.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porträts
sozialistischer Führer, *
Lohalle, Marx u. in Eisenrempeln, Eisen, Kloben, Brachen, Knöpfen, Hüften
Bildern u. dgl., sowie jede Drechselware u. Repar. (Man verl. Preisverantw.)

Arbeiter-Berufskleidung
für jedes Gewerbe passend. 26022*
Größtes Lager. Beste Qualitäten.
Neu! Arbeiter-Schutzhose Neu!
jede Gefahr im Maschinenbetrieb ausgeschlossen, empfiehlt
F. Nahrstedt, Wrangelstr. 40/41.

Berliner Leihhaus!
Uhrenhandlung. 41, Andreasstr. 41. Uhrenhandlung.
*) Geöffnet von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends.

Möbel und Polsterwaren. Großes Lager
Gediegene
A. Schulz,
Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung! *)

Für 36 Mark
fertige feine Winter-Paletots nach
Maf, für 30 Mark hochfeine An-
züge nach Maf, für 8-12 Mark
feine Hosen nach Maf. 29673*
Niesen-Stofflager.

Natur-Heilverfahren.
Ich heile
ohne Berufshörung alle Männer-
und Frauenleiden, ebenso Nieren-
und Blasenleiden. Naturgemäße
Behandlung. 30452*
Fr. C. Henke,
Rathenowerstr. 49, I. Ecke
Perlebergstrasse.
Sprechstunden 9-2, 5-9,
Sonntags 9-2. Bei Vorlegung
der Verbandskarte 10 Proz.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: 5 Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptexpedition Beuthstr. 3
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhand Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 758*

Juradefekte Herrenhosen aus
feinsten Stoffen 9-12 Mark. Ver-
kauf nur Sonnabend und Sonntag.
Verkaufshaus Germania, Unter den
Linden 21 II. 750b

Vorjährige elegante Winter-
paletots und Herrenanzüge aus
feinsten Stoffen 25-40 Mark. Ver-
kauf nur Sonnabend und Sonntag.
Verkaufshaus Germania, Unter den
Linden 21 II. 749b

Winterpaletots, Anzüge, Regu-
latoren, Reumontiruhren, spottbillig
Plandelie Reanderstraße 6. 119/20*

Damenmäntel, Jacketts, weitch
frisch, verkauft Strang, Alexander-
straße 15. 2018*

Beistadler, Stuhlrohr, Bambus,
C. D. Kramer, legt Wallstraße 16.

Angekaupte Damenschunden mit
schöner Handhülle, Reismesser,
sehr tadellos, von 1,10 an. Ebenso
Damenhosen mit eleganten Stiefeln
von 1,30. Handhülle, Wäpchefabrik
Dontig, Alexanderstraße 30, Vorder-
haus I. 2682*

Fahrrad, hochlegant, Pracht-
maschine, lebendiger, sofort dringend
spottbillig. Eisenrempel, Königs-
bergerstraße 7.

Möbel, bar und Teilzahlung,
billig, Frankfurter Allee 110, I. Ecke
Königsbergerstraße. 1377*

Gasthof, Spottbillig Jweiloch
6,00, Dreiloch 10,00. Gastplätzen
billig, Gaststätten 12,00. Gaststet-
ten 9,00. Teilzahlung, Wollauer,
Wollauertheaterstraße 26/27. (Rein
Kaden.) 789b

**Beistellen 9 Mark, Pandalien-
Sofa 80 Mark, Säulenstühle 70 Mark,
Säulenstühle 24 Mark, Rückenstühle
8 Mark, Wäpche-Rückenstühle 28 Mark,
Anfängerstraße 20, Laden. 1672***

Beistellen mit Muscheln 18,
einfache 8, Schlafsofa, gut erhalten,
sowie aufgearbeitet mit neuen Bezügen.
Wollauertheaterstraße 20.

Edelkaffee, Gelegenheitskauf
mit 2 Vereinen und Zahlkarte, zu
verkaufen. Röhred zu erfassen Tür-
schloßstraße Nr. 41, Rummeisberg
(Laden). 752b

Teppich, prachtvoller, Manerhoff,
Große Frankfurterstraße 9. 758*

Fahrräder, Teilzahlung, mögliche
Anzahlung, direkt aus Fabrik, Vager
von 400 Mark, gebraucht, Fahr-
räder sehr vorzüglich, Imperial-Fahr-
radwerke, Diefenbachstraße 33.

Restaurationsfranchiseüber an
Selbstzahler zu verkaufen. Auskunft:
Bismarck, Wienerstraße 56, abends
6-8 Uhr. 704b

Kanarienhöhne und Weibchen
billig zu verkaufen bei Ewald, Schön-
leinstraße 6. 251K*

Kanarienhöhne meines vielfach
prämierten Stammes, große Aus-
wahl. Krebs, Köpenickerstraße 154a, IV.

Beistellen mit Matrassen 20,00,
Reibestühle, Wäpche, Schlafsofa,
Küchenschrank, Speisekammer, Säulen-
Tisch, Säulenstühle, Spiegel-
stühle, Tischspiegel 13,00, Rohr-
schlühle, Paneele, Schloßer-
latten, Betten, Teppiche, Kissen-
möbel sofort spottbillig verkauft Waldemar-
straße 27, vorn I. 148/14

Wollgeschäfte veräußert, Röhred
bei Röhred, Kadenstr. 96. 7120

Schmuckgeschäft, lebhafter Regent
Kloos, große Vereinstasche, gut-
gehend, verkauft frankfurterstraße
sofort billig. Erfragen Comptoir Holz-
marktstraße 40. 7160

Galbrunner, beste deutsche Marke,
mit Garantie, für jeden Preis,
Chorinerstraße 46/47, Seitenhölz
parterre. 824b

Betten, zwei gute Stand, verkauft
sofort spottbillig Schumann, Waldemar-
straße 27, vorn I. 148/13

Betten, schöner Stand, umhän-
delbar sofort 20 Mark Waldemar-
straße 27, vorn I. rechts. 770b

Vereinzimmer Simonstraße 23,
Nr. 6,00. 2452*

Oranienstraße 108, Bierhaus
zum Erlanger, großer Mittagstisch
mit Bier 50 und 75 Pf. und Abend-
tisch zu civilen Preisen. 2272*

Privat-Rittstühle von 12-3
Portion 3 Pf. Oranienstraße 178, I.
Damen separate Zimmer. 2242*

Die Beleidigung, die ich gegen Herrn
Feuerhard ausgesprochen, nehme ich
zurück und erkläre ihn für ergricht.
Wilhelm Richter, Reichenberger-
straße 163. 814b

Aufbesserung Matrassen 5,00,
Sofa 6,00, Rolle, Neue Königsstraße 2.

Möbelpoliererei preiswert,
Trennungspoliererei dauerhaft. Erbitte
vertrauensvolles Besuchen: Poliermeister
Geert, Neue Säulenstraße 16. 818b

Elektrotechnik, gründliche Aus-
bildung zum praktischen Elektro-
monteur, 1. Dezember. Volta-Elek-
trikum, Fischerstraße 10. 267K*

Tüchtige Fordigmacher werden
verlangt Goldbleich-Fabrik Königs-
Baderstraße. 810b

Gipsmodellier für Stubsfabri-
kation suchen Rosenbaum u. Hart,
Wilhelmstraße 47. 800b

Tüchtigen Ausarbeiter auf Gold-
schmelzen gesucht Wollauerstr. 15. 7102*

Bureauarbeiter von dem Bureau
eines gewerkschaftlichen Verbandes für
täglich 2 bis 3 Stunden sofort gesucht.
Ordnung unter H. 5 an die Expedition
dieses Blattes. 724

Ein Wäpche, welcher lauter Ein-
nahmen kann, findet dauernde Be-
schäftigung bei Carl Köplich, Beuth-
straße 6. 822b

Zuschneider, Damenjacketts, Mittel-
genre, nur erste Kraft, hoher Lohn,
dauernde Stellung, sucht Wäpche,
Fruchtstraße 63 II. 821b

Rahmenmacher, Kreislagensneider
und Weimer sucht Emil Sonntag, Neue
Königsstraße 4. 823b

Maurer gesucht, Volter Wäpche,
Bismarckstraße 43. 827b

Geübte Säulen-Stepperei ver-
langt Schanz, Brigerstraße 41, Hof
1 Treppe. 7102

Kanarienzug- und Ueberfragen
Arbeiternamen verlangt Dänneberg,
Holzmarktstr. 21, IV. 812b

Maschinenwärterin im Hause für
Wäpchen (Wäpchen) gesucht, Wollauer-
straße 14, II. Ortmann.

Arbeiterinnen verlangt bei
dauernder Beschäftigung und gutem
Verdienst Josef Schmitt, Wäpche-
straße 11. 240K*

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorhebende
Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Der sofort für Berlin: Tüchtige
Arbeiter auf feine Goldwaren, auch
Reparaturen und kleine Reparatur,
1 Silber, 1 Schleifer auf Silber-
waren, wenn auch nicht gleich geübt,
Tüchtige Beschäftigter.
Der sofort 1 Gelehrter, der selbständig
arbeiten kann, nach Dresden, am
1. Februar.
1 Goldarbeiter nach Wandberg a. M.,
gute dauernde Stellung,
Arbeitsnachweis des Fachvereins
Berliner Goldschmiede, Holzmarktstr. 8.

Achtung, Holzarbeiter!
Der Streik bei den Firmen **Karl**
Haller, Schönhauser Allee, und
Abels & Co. dauert fort.
Zugang fernhalten!
Die Ortsverwaltung!

Achtung! Achtung!
Tapezierer!
Der Wunsch bei **H. Brandt,**
Goldmannstr. 22, dauert unverändert
fort. Zugang ist streng fernzuhalten.
Alles Nähere in der heute abend
7^{1/2} Uhr stattfindenden Versammlung
bei Voren, Marienplatzstr. 83, zu
welcher Herr Brandt auch ein-
geladen ist.
Die Kommissionskommission
der Tapezierer Berlins u. Umgegend.